ZENTRUM FÜR
DEMOKRATIEFORSCHUNG

Andrássy Working Papers
zur Demokratieforschung

Fanni Elek

# Die special relationship zwischen Viktor Orbán und Aleksandar Vučić und deren Einfluss auf den serbischen EU-Beitrittsprozess

Andrássy Working Papers zur Demokratieforschung
Nr. 12 / 2023
ISSN 2498-9177

ZENTRUM FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG

Fanni Elek
Die special relationship zwischen Viktor Orbán und Aleksandar Vučić und deren Einfluss auf den serbischen EU-Beitrittsprozess
Andrássy Working Papers zur Demokratieforschung Nr. 12
2023
ISSN 2498-9177

Edited by the Centre of Democracy Studies of the Danube Institute of Andrássy University Budapest.
This series presents ongoing research in a preliminary form. The authors bear the entire responsibility for papers in this series. The views expressed therein are the authors', and may not reflect the official position of the institute. The copyright for all papers appearing in the series remains with the authors.

Author's address and affiliation:
Fanni Elek
Centre for Democracy Studies
Pollack Mihály tér 3.
H-1088 Budapest
E-Mail: zedem@andrassyuni.hu

© By the authors

# Inhaltsverzeichnis

**I. Einleitung** ..... 4

**II. Theoretische Grundlagen** ..... 5

*1. Die Theorie der negativen externen Akteure* ..... 5

*2. Das modifizierte Modell der negativen externen Akteure für den Fall Ungarn* ..... 7

**III. Forschungsdesign, Forschungsfragen und Hypothesen** ..... 11

**IV. Rolle des Westbalkans, insbesondere Serbiens in der ungarischen Außenpolitik** ..... 13

*1. Die ungarische Außenpolitik nach der Ratspräsidentschaft 2011* ..... 13

*2. Das ungarische Engagement gegenüber der Region im Rahmen der Visegrád-Gruppe* ..... 15

*3. Die Motive Ungarns zur aktiven Außenpolitik in Serbien* ..... 16

**V. *Special relationship* zwischen Viktor Orbán und Aleksandar Vučić - Analyse des Einflusses der ungarischen Außenpolitik auf Serbien** ..... 17

*1. Ähnliches Amtsverständnis und leadership style* ..... 17

*2. Analyse der bilateralen Treffen zwischen Viktor Orbán und Aleksandar Vučić* ..... 20

**Literaturverzeichnis** ..... 36

## I. Einleitung

Die ungarisch-serbischen Beziehungen intensivierten sich während der vierten Regierung von Viktor Orbán (2018-2022) in großem Maße. Der ungarische Ministerpräsident, Viktor Orbán und der serbische Präsident, Aleksandar Vučić haben sich achtmal seit Mai 2018 getroffen.[1] Die Politik der beiden Staatsmänner weist viele Ähnlichkeiten im Hinblick auf die Qualität der Demokratie in beiden Staaten auf. Laut dem Bericht von Freedom House können beide Staaten als „teilweise freie" Staaten und als „Übergangs – oder hybride Regime" klassifiziert werden.[2] Weiterhin kann man auch ähnliche politische Führungsstile und ein ähnliches Verständnis von Regieren des ungarischen Ministerpräsidenten und des serbischen Präsidenten beobachten.[3]

Ungarn gilt aktuell als einer der wichtigsten Befürworter der europäischen Integration und des Beitritts der Westbalkanstaaten, mit Fokus auf Serbien in die Europäische Union (EU). Die Wahl von Olivér Várhelyi als Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik im Dezember 2019 hat das bereits existierende Engagement von Ungarn weiterhin verstärkt. Dementsprechend kann man feststellen, dass die europäische Integration von Serbien ein Kernelement der ungarisch-serbischen Beziehungen darstellt.

Der folgende Artikel hat die Zielsetzung, die ungarisch-serbischen bilateralen Beziehungen während der vierten Orbán-Regierung anhand der bilateralen Treffen zwischen Orbán und Vučić zu analysieren. Das Ziel ist es, die Rolle der ungarischen Außenpolitik in Serbien zu untersuchen, mit Schwerpunkt auf die europäische Integration des Landes. Die Analyse basiert auf dem Modell „negativer externer Akteure", welches Jakob Tolstrup in seinem 2009 erschienenen Artikel: *Studying a negative external actor: Russia's management of stability and instability in the 'Near Abroad'* entwickelt hat.[4] Der Artikel möchte dieses Modell für die Untersuchung des ungarisch-serbischen Falls modifizieren und ggf. weiterentwickeln. Dieses modifizierte Modell soll erklären, warum Serbiens Beitrittschancen

[1] Diese Aussage bezieht sich auf dem Analysezeitraum von 18. Mai 2018 bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Arbeit am 31. Oktober 2021.
[2] Freedom House (2021a): Freedom in the World – Hungary, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/country/hungary/freedom-world/2021 (Stand: 05.10.2021); Freedom House (2021b): Nations in Transit – Hungary, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/country/hungary/nations-transit/2021 (Stand: 05.10.2021); Freedom House (2021c): Freedom in the World – Serbia, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/country/serbia/freedom-world/2021 (Stand: 05.10.2021); Freedom House (2021d): Nations in Transit – Serbia, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/country/serbia/nations-transit/2021 (Stand: 05.10.2021)
[3] Bíró-Nagy, András / Hare, James (2020): Understanding the Orbán-Vučić Relationship, abrufbar unter: https://www.policysolutions.hu/en/news/511/understanding_the_orban-vucic_relationship (Stand: 09.10.2021)
[4] Tolstrup, Jakob (2009): Studying a negative external actor: Russia's management of stability and instability in the 'Near Abroad', in: Democratization, Vol. 16, Nr. 5. S. 922-944.

womöglich weiter in die Ferne rücken, seitdem sich die ungarisch-serbischen Beziehungen verstärkt haben.

## II. Theoretische Grundlagen

### *1. Die Theorie der negativen externen Akteure*

Demokratieförderung westlicher Akteure liegt seit längerer Zeit im Fokus vieler Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Autokratieförderung blickt auf eine wesentlich kürzere Geschichte zurück.[5] Eine der ersten Forschungen in diesem Bereich ist die bereits erwähnte Studie von Jakob Tolstrup aus dem Jahr 2009.[6]

Er weist im Abstract darauf hin, dass die Forschung vorwiegend auf die Analyse der Politik externer Akteure (insbesondere der EU und der USA) beschränkt ist. Ein wichtiger Kritikpunkt von Tolstrup ist es, dass die Analysen fast ausschließlich auf die Politik dieser „positiven" Akteure fokussieren und die möglichen Aktivitäten „negativer" externer Akteure ausgeblendet werden. In seiner Studie möchte er dieser wissenschaftlichen Unausgeglichenheit entgegenwirken. Sein Konzept bedeutet einen großen Mehrwert für die politikwissenschaftliche Forschung, da es einen analytischen Rahmen für sowohl „positive" als auch „negative" Akteure bietet. In seiner Studie wird das Konzept für die Analyse des Einflusses der Außenpolitik von Russland als „negativer" externer Akteur auf die Staaten im „Nahen Ausland" untersucht.[7] Die Analyse fokussiert auf die Staaten des „postsowjetischen Raums" mit Ausnahme der drei baltischen Staaten, und umfasst also die aktuellen und ehemaligen Mitglieder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten[8] (GUS).[9]

Analysegegenstand von Tolstrup ist die Außenpolitik Russlands. Russland gilt anhand des *Freedom in the World* Indexes als „nicht frei" und kann anhand des *Nations in Transit* Indexes als ein

[5] Ambrosio, Thomas (2009): Authoritarian Backlash: Russian Resistance to Democratization in the Former Soviet Union. Surrey, Ashgate.; Bader, Julia et al. (2010): Would autocracies promote autocracy? A political economy perspective on regime-type export in regional neighbourhoods, in: Contemporary Politics, Vol. 16, Nr. 1/2010. S. 81-100.; Burnell, Peter (2010): Promoting democracy and promoting autocracy: towards a comparative evaluation, in: Journal of Politics and Law, Vol. 3, Nr. 2/2010. S. 3-14.
[6] Vgl. Tolstrup (2009)
[7] Vgl. Tolstrup (2009), S. 922.
[8] Tolstrup analysiert in seiner Arbeit die folgenden Zielländer: Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, die Republik Moldau, Tadschikistan, Turkmenistan, die Ukraine und Usbekistan.
[9] Vgl. Tolstrup (2009), S. 922-944.

„konsolidiertes autokratisches Regime" (*consolidated authoritarian* regime) klassifiziert werden.[10] Der Bertelsmann Transformationsindex (BTI) 2020 weist eine ähnliche Bewertung für die Demokratiequalität des Landes auf – Russland wird als „moderate Autokratie" (*moderate autocracy*) bewertet.[11] Russland wird im Modell als „negativer" externer Akteur im „postsowjetischen Raum" analysiert. Tolstrup definiert einen „negativen" externen Akteur wie folgt: „*an external actor that weakens another country's liberal performance*".[12]

Auf der Wirkungsseite fokussiert Tolstrup vorwiegend auf die Elemente der politischen Liberalisierung und Demokratisierung des Ziellandes. Hierbei ist es wichtig zu erwähnen, dass die untersuchten Zielländer mit Ausnahme von Armenien, Georgien und der Ukraine – ähnlich wie Russland - als „nicht freie" Staaten und etablierte „konsolidierte autokratische Regime" in der Region gelten.[13] Die Auswirkungen der Politik Russlands auf die liberale Performanz der Länder im „postsowjetischen Raum" werden anhand des Modells der *embedded democracy* von Wolfgang Merkel untersucht. Hierbei stehen fünf Elemente der Demokratie im Mittelpunkt: Wahlregime, politische Teilhaberechte, bürgerliche Freiheitsrechte, horizontale Gewaltenkontrolle und effektive Regierungsgewalt. Die russische Politik wird im Hinblick auf zwei unterschiedliche Strategien untersucht: „die Politik der geleiteten Stabilität (*policy of managed stability*) oder die Politik der geleiteten Instabilität (*policy of managed instability*).[14]

Tolstrup basiert seine Analyse der Auswirkungen der russischen Außenpolitik auf das Konzept von Peter Burnell[15] und unterscheidet zwischen aktivem und passivem, sowie zwischen direktem und indirektem Einfluss. Er fokussiert ausschließlich auf die aktive Dimension des Einflusses Russlands und analysiert dabei den direkten und indirekten Einfluss der russischen Außenpolitik. Bezüglich der Russland zur Verfügung stehenden Mitteln unterscheidet der dänische Politikwissenschaftler drei

[10] Freedom House (2021e): Freedom in the World – Russia, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/country/russia/freedom-world/2021 (Stand: 03.10.2021); Freedom House (2021f): Nations in Transit – Russia, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/country/russia/nations-transit/2021 (Stand: 03.10.2021)
[11] Bertelsmann Stiftung (2020b): Bertelsmann Transformation Index 2020 – Russia Country Report, abrufbar unter: https://bti-project.org/content/en/downloads/reports/country_report_2020_RUS.pdf (Stand: 03.10.2021)
[12] Vgl. Tolstrup (2009), S. 927.
[13] Freedom House (2021g): Freedom in the World 2021. Democracy under Siege, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/2021-02/FIW2021_World_02252021_FINAL-web-upload.pdf (Stand: 04.10.2021); Freedom House (2021h): Nation in Transit 2021. The Antidemocratic Turn, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/2021-04/NIT_2021_final_042321.pdf (Stand: 04.10.2021)
[14] Vgl. Tolstrup (2009), S. 927.
[15] Burnell, Peter (2006): Promoting democracy backwards, in: FRIDE Working Papers, Nr. 28. S. 1-14.

Kategorien: politische (sowohl diplomatische als auch nicht-diplomatische), militärische und ökonomische Instrumente.[16]

## *2. Das modifizierte Modell der negativen externen Akteure für den Fall Ungarn*

Der folgende Artikel möchte das Modell von Tolstrup auf den ungarisch-serbischen Fall anwenden und deshalb entsprechend modifizieren. Dieser Fall unterscheidet sich in mehreren Hinsichten vom originalen Modell von Tolstrup. Dabei spielen Kontextfaktoren eine sehr wichtige Rolle, insbesondere im Hinblick auf Pfadabhängigkeiten, Demokratiequalität und auf die enge Einbindung der untersuchten Staaten in die Strukturen der EU.

In modifizierten Modell stehen die Außenpolitik Ungarns und die Auswirkungen dieser Politik auf Serbien im Mittelpunkt. Ein wesentlicher Unterschied zum von Tolstrup untersuchten Fall ist, dass Ungarn anhand des *Freedom in the World* Indexes als ein „teilweise freier" Staat gilt und anhand des *Nations in Transit* Indexes als ein „Übergangs- oder hybrides Regime" (*transitional or hybrid regime*) eingeordnet werden kann.[17] Auch der BTI weist auf die Demokratiedefizite des Landes hin und kategorisiert Ungarn als eine „defekte Demokratie" (*defective democracy*).[18]

Auf der Wirkungsseite wird Serbien als das geografisch größte und einwohnerstärkste Land auf dem Westbalkan analysiert, das auch über eine sehr wichtige (geo-)politische Position in der Region verfügt. Anders als im Modell von Tolstrup wird Serbien als Zielland - ähnlich wie Ungarn – laut Angaben von Freedom House als ein „teilweise freier" Staat und als ein „Übergangs- oder hybrides Regime" klassifiziert.[19] Der BTI beurteilt die Qualität der Demokratie in Serbien ähnlich wie im Fall von Ungarn als eine „defekte Demokratie".[20]

Wenn man sich die Beziehungen zwischen dem externen Akteur und dem/n Zielland(-ländern) anschaut, kann man feststellen, dass es in diesem Bereich auch wesentliche Unterschiede zwischen dem originalen und dem hier untersuchten Fall gibt. Russland und die Staaten im „postsowjetischen Raum" blicken auf sehr enge Beziehungen zurück und teilen teilweise gleiche historische und politische Erfahrungen als Teil der Sowjetunion bis zu ihrem Zerfall im Jahr 1991. Eine Voraussetzung für die engen Beziehungen

[16] Vgl. Tolstrup (2009), S. 928.
[17] Vgl. Freedom House (2021a); Vgl. Freedom House (2021b)
[18] Bertelsmann Stiftung (2020a): Bertelsmann Transformation Index 2020 – Hungary Country Report, abrufbar unter: https://bti-project.org/content/en/downloads/reports/country_report_2020_HUN.pdf (Stand: 05.10.2021)
[19] Vgl. Freedom House (2021c); Vgl. Freedom House (2021d)
[20] Bertelsmann Stiftung (2020c): Bertelsmann Transformation Index 2020 – Serbia Country Report, abrufbar unter: https://bti-project.org/content/en/downloads/reports/country_report_2020_SRB.pdf (Stand: 05.10.2021)

nach 1991 war die Institutionalisierung der Zusammenarbeit im Rahmen der GUS. Die Schlussfolgerungen der Studie von Tolstrup weisen auch darauf hin, dass Russland ein wesentlicher („negativer") Akteur in Region ist und einen sehr starken politischen, militärischen und ökonomischen Einfluss in der Region ausüben kann.[21]

Im Fall von Ungarn und Serbien kann man nicht von so engen und institutionalisierten Beziehungen sprechen. Die Beziehungen zwischen Ungarn und Serbien sind insbesondere seit der Machtübernahme von Orbán im Jahr 2010 vorwiegend von dem künftigen EU-Beitritt Serbiens geprägt. Seitens Serbien haben sich die Beziehungen abermals verstärkt, seitdem Vučić im Jahr 2017 als Staatspräsident gewählt wurde und die ungarischen Bemühungen zur Intensivierung der Zusammenarbeit begrüßte. Diese Ereignisse führten zu einer Hochphase der bilateralen Beziehungen ab 2018. Dementsprechend sollen die ungarisch-serbischen bilateralen Beziehungen während der vierten Orbán-Regierung (2018-2022) im Kontext der europäischen Strukturen analysiert werden.

Serbien gilt aktuell als einer der fünf offiziellen Beitrittskandidaten der EU. Serbien wurde auf dem Gipfel von Thessaloniki im Jahr 2003 – zusammen mit den anderen Westbalkanstaaten – als ein potenzieller Beitrittskandidat genannt. Serbien stellte den offiziellen Antrag auf eine EU-Mitgliedschaft im Dezember 2009, der Status eines offiziellen Beitrittskandidaten wurde dem Land im März 2012 gewährt. Im September 2013 trat das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit Serbien in Kraft. Die EU hat die Beitrittsverhandlungen mit Serbien im Januar 2014 begonnen, bisher wurden 18 Kapitel geöffnet, von denen zwei[22] schon erfolgreich (provisorisch) abgeschlossen sind. Die EK führte im Februar 2020 die „Verbesserte Erweiterungsmethodologie" (*Revised enlargement methodology*) ein, deren Anwendung seitens Serbien (und Montenegro) angenommen wurde.[23]

Wegen der engen Einbindung Serbiens in die europäischen Strukturen und der bisherigen demokratischen Erfahrungen des Landes (als semi-konsolidierte Demokratie oder Demokratie in Konsolidierung)[24] möchte die folgende Studie die Rolle Ungarns als externer Akteur in Serbien nicht anhand der liberalen Performanz des Staates messen, sondern anhand der Erfüllung der politischen Kopenhagener Kriterien der EU. Die Arbeit möchte sich ausschließlich auf die politischen Kriterien

[21] Tolstrup (2009), S. 940
[22] Die folgenden zwei Kapitel wurden bisher provisorisch abgeschlossen: Kapitel 25 („Wissenschaft und Forschung") und Kapitel 26 („Bildung und Kultur").
[23] European Commission (o.J.a): Enlargement / Negotiation Status / Serbia, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/enlargement-policy/negotiations-status/serbia_en (Stand: 05.10.2021)
[24] Freedom House (2018): Nations in Transit – Serbia, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/country/serbia/nations-transit/2018 (Stand: 05.10.2021); Bertelsmann Stiftung (2012): Bertelsmann Transformation Index 2012 – Serbia Country Report , abrufbar unter: https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country_report_2012_SRB.pdf (Stand: 05.10.2021)

fokussieren, da Serbien laut dem Fortschrittbericht der EK bei der Erfüllung des ökonomischen Kriteriums und des sogenannten „Acquis-Kriteriums" gute bzw. gemäßigte Vorbereitungsfortschritte aufweisen kann. Bei der Erfüllung der politischen Kriterien, insbesondere der Konditionalitäten im Cluster 1 („Grundlagen des Beitrittsprozesses") und der Themenbereiche im Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) sowie Kapitel 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit) konnte Serbien nur einen gewissen Vorbereitungsstand aufzeigen und begrenzte Fortschritte seit dem letzten Bericht erzielen.[25] Das letzte Verhandlungskapitel mit Serbien wurde im Dezember 2019 eröffnet (Kapital 4: Freier Kapitalverkehr)[26] und die Beitrittsverhandlungen gerieten wegen fehlenden Reformen insbesondere im Bereich der Rechtsstaatlichkeit ins Stocken.[27]

Die Kopenhagener Kriterien wurden vom Europäischen Rat (ER) im Jahr 1993 als Beitrittskriterien der EU definiert und können in drei Dimensionen unterteilt werden. Das politische Kriterium beinhaltet die Stabilität der Institutionen – als Garantie der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, sowie Achtung und Schutz der Minderheitenrechte. Die beiden anderen Kriterien, die von einem Beitrittskandidaten erfüllt werden müssen, sind das ökonomische und das sogenannte „Acquis-Kriterium". Das vierte Element der Kopenhagener Kriterien ist die Aufnahmefähigkeit der EU, jedoch auf dieses Kriterium können die Beitrittskandidaten keinen signifikanten Einfluss ausüben – im Vergleich zu den ersten drei Kriterien.[28] Eine wichtige Ergänzung in Bezug auf die Anwendung der Kopenhagener Kriterien sind die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (ER) im Dezember 1997. Der ER beschloss, dass für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen die Erfüllung der politischen Kriterien seitens des jeweiligen Beitrittskandidaten eine Voraussetzung ist. Die Erfüllung des wirtschaftlichen und des „Acquis-Kriteriums" soll zu diesem Zeitpunkt zukunftsbezogen und dynamisch bewertet werden.[29]

Die Schlussfolgerungen des ER bedeuten, dass in Serbien zum Zeitpunkt der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU im Januar 2014 die politischen Kriterien erfüllt sein mussten. Das wurde auch auf der ersten Beitrittskonferenz im Januar 2014 festgestellt: „*Serbia sufficiently fulfils the political criteria and conditions of the Stabilisation and Association Process, and has taken important*

[25] European Commission (2021): Serbia 2021 Report, SWD(2021) 288. Strasbourg, 19. October, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/serbia-report-2021_en (Stand: 06.10.2021)
[26] Vgl. European Commission (o.J.a)
[27] Čačić, Darko (09.09.2021): Vucic and Orban formalise their 'special relationship', abrufbar unter: https://www.euractiv.com/section/enlargement/news/vucic-and-orban-formalise-their-special-relationship/ (Stand: 02.11.2021)
[28] European Commission (o.J.b): Enlargement / Glossary / Accession criteria, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/enlargement-policy/glossary/accession-criteria_en (Stand: 06.10.2021)
[29] European Council (1997): Presidency Conclusions of the European Council Meeting. Luxemburg, 12-13. December, abrufbar unter: https://www.europarl.europa.eu/summits/lux1_en.htm (Stand: 06.10.2021)

*steps towards establishing a functioning market economy. Serbia should be in a position to take on the obligations of membership in the medium term in nearly all acquis fields*."[30]

Wenn man sich die Demokratieindizes aus dem Jahr 2014 anschaut, kann man feststellen, dass Serbien anhand des *Freedom in the World* Indexes als ein „freier" Staat und anhand des *Nations in Transit* Indexes als eine „semi-konsolidierte Demokratie" (*semi-consolidated* democracy) klassifiziert wurde.[31] Vom BTI wurde Serbien im Jahr 2014 als eine „defekte Demokratie" (*defective democracy*) - mit einem Demokratiewert von 8,0 - kategorisiert. Da Serbien damals die politischen Kopenhagener Kriterien erfüllte, bietet sich die Möglichkeit, zwei wichtige Elemente der politischen Kriterien näher zu betrachten: die „Stabilität der demokratischen Institutionen" und die „Rechtsstaatlichkeit". 2014 wurden die Stabilität der demokratischen Institutionen mit einer Punktzahl von 8,0 und die Rechtsstaatlichkeit mit einer Punktzahl von 7,3 aus 10 möglichen Punkten anhand des BTI Indexes bewertet.[32]

Im Vergleich zu den Konklusionen der Demokratieindizes aus dem Jahr 2014 kann man feststellen, dass sich die Demokratiequalität in Serbien in den letzten Jahren wesentlich verschlechtert hat. Der Staat gilt aktuell als ein „teilweise freier" Staat und als ein „Übergangs- oder hybrides Regime".[33] Die Ergebnisse des BTI aus dem Jahr 2020 kategorisieren Serbien weiterhin als eine „defekte Demokratie", aber mit einem Demokratiewert von 7,0. Was die wichtigen Elemente der politischen Kriterien betrifft, wurde die Stabilität der demokratischen Institutionen mit einer Punktzahl von 6,5, die Rechtsstaatlichkeit mit einer Punktzahl von 6,0 bewertet.[34]

Diese Ergebnisse zeugen von einem negativen Trend in Serbien, insbesondere im Hinblick auf die politischen Kopenhagener Kriterien. Dieser laut der führenden Demokratieindizes starke Rückgang könnte bedeuten, dass Serbien aktuell die politischen Kriterien gar nicht erfüllen könnte und damit die EU die Beitrittsverhandlungen mit dem Staat nicht aufnehmen würde, insbesondere im Hinblick auf die Stabilität der demokratischen Institutionen und die Rechtsstaatlichkeit. Ähnlich wie im Fall von Ungarn oder Polen kann man feststellen, dass die Gewährung von wichtigen Statusebenen auf dem Weg in die EU (z.B. die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen oder sogar der Beitritt) keine Garantie für konstante

[30] Council of the European Union (2014): First Accession Conference with Serbia, 5486/14. Brussels, 21 January 2014, abrufbar unter: https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/140676.pdf (Stand: 07.10.2021)
[31] Freedom House (2014a): Freedom in the World 2014. The Democratic Leadership Gap, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/FIW2014%20Booklet.pdf (Stand: 07.10.2021); Freedom House (2014b): Nations in Transit 2014. Eurasia's Rupture with Democracy, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-02/NIT2014%20booklet_WEBSITE.pdf (Stand: 07.10.2021)
[32] Bertelsmann Stiftung (2014): Bertelsmann Transformation Index 2014 – Serbia Country Report, abrufbar unter: https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country_report_2014_SRB.pdf (Stand: 03.10.2021)
[33] Vgl. Freedom House (2021c); vgl. Freedom House (2021d)
[34] Vgl. Bertelsmann Stiftung (2020c)

positive demokratische Entwicklungen sein müssen. Die demokratische Konsolidierung und die Zukunft nach einer erfolgreichen Konsolidierung ist keine Einbahnstraße. Im Fall von Serbien soll die Erfüllung der politischen Kopenhagener Kriterien auch nach 2014 intensiv untersucht werden. Die folgende Arbeit fokussiert auf die Frage, inwiefern die Politik Ungarns einen negativen Einfluss auf die Erfüllung der politischen Kopenhagener Kriterien ausübt.

Laut Tolstrup stehen Russland als negativem externen Akteur zwei Strategien zur Verfügung: *die Politik der geleiteten Stabilität* und die Politik der geleiteten Instabilität. Die Strategie der Stabilisierung bezieht sich darauf, dass der externe Akteur einem Regimewechsel im Zielland vorbeugen oder diesen vermeiden möchte. Dementsprechend versucht der externe Akteur, die Macht des Amtsinhabers im Zielland zu stärken. Die Stabilität des Ziellandes ist kein normatives Ziel *per se*, sondern nur solange wünschenswert, wie der externe Akteur davon profitieren kann. *Die Politik der geleiteten Instabilität* umfasst die Bemühungen des externen Akteurs, das Regime des Ziellandes zu destabilisieren. Dabei versucht der externe Akteur, insbesondere seine wirtschaftliche Kontrolle über das Zielland zu stärken. Dabei sind auch ungewollte spill-over Effekte auf die Nachbarstaaten unerwünscht. Die Instabilität ist aus der Sicht des externen Akteurs aber nur kurzfristig angestrebt, die längerfristige Zielsetzung ist der Regimewechsel im Zielland mit einem neuen favorisierten Amtsinhaber des Ziellandes und damit verbunden die Stabilität des neuen Regimes.[35]

## III. Forschungsdesign, Forschungsfragen und Hypothesen

Die folgende Arbeit möchte anhand eines auf den EU-Kontext angepassten Modells des Konzepts von Tolstrup der Einfluss der ungarischen Außenpolitik auf die innenpolitische Entwicklung in Serbien und dabei insbesondere auf die europäische Integration des Landes analysieren. Die Analyse beschränkt sich auf die vierte Orbán-Regierung, d. h. der Untersuchungszeitraum reicht von 2018 bis Oktober 2021, dem Zeitpunkt der Fertigstellung der Analyse. Im Vergleich zu den vorigen zwei Amtszeiten (2010-2014 und 2014-2018) gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Orbán und Vučić seit 2018 viel intensiver, was in zahlreichen offiziellen Treffen zum Ausdruck kommt.[36] Die Arbeit wird die Außenpolitik Ungarns Richtung Serbien anhand der Themenbereiche der offiziellen Treffen zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten und dem serbischen Präsidenten, sowie der Aussagen beider Amtsinhaber untersuchen. Dieses Vorgehen wurde aufgrund der starken Personalisierung der Politik in

[35] Vgl. Tolstrup (2009), S. 931-932.
[36] Bátorfy, Attila / Galambosi, Eszter / Mikola, Bence (o.J.): A miniszterelnök találkozói, abrufbar unter: https://atlo.team/a-miniszterelnok-talalkozasai/ (Stand: 09.10.2021)

Ungarn und Serbien sowie den ähnlichen *leadership styles* und dem ähnlichen Amtsverständnis der beiden Politiker gewählt.[37]

Die Studie wird die Forschungsfragen methodisch anhand einer qualitativen Dokumenten- und Inhaltsanalyse der Primär- und Sekundärquellen untersuchen. Bezüglich der Analyse der Rolle Serbiens in der ungarischen Außenpolitik, sowie der Motive und Mittel der ungarischen Außenpolitik werden als Primärquellen das außenpolitische Strategiedokument Ungarns aus dem Jahr 2011 sowie die ungarischen Präsidentschaftsprogramme innerhalb der V4 aus den Jahren 2017/2018 und 2021/2022 zur Hand genommen. Bei der konkreten Analyse der Rolle Ungarns als (negativer) externer Akteur in Serbien sollen als Primärquellen insbesondere die Berichterstattung der ungarischen Regierung auf der eigenen ungarisch- und englischsprachigen Homepage des Ministerpräsidenten sowie der regierungsnahen Medien über die Treffen in die Analyse einbezogen werden. Insbesondere sollen die Reden der Politiker auf den Presskonferenzen anlässlich der bilateralen Treffen und die Pressemitteilungen zu den Treffen untersucht werden. Die Arbeit fokussiert dabei auf die öffentlich zugänglichen Dokumentationen der Treffen seitens des ungarischen Ministerpräsidenten und des serbischen Präsidenten.

Die folgende Arbeit definiert auf der Grundlage der bisherigen theoretischen Ausführungen die beiden Idealtypen eines externen Akteurs wie folgt: ein negativer externer Akteur ist ein Akteur, der die Erfüllungschancen der politischen Kopenhagener Kriterien und damit verbunden die Chancen des Ziellandes auf den künftigen EU-Beitritt schwächt. Ein positiver externer Akteur hingegen ist ein Akteur, der die Erfüllungschancen der politischen Kopenhagener Kriterien und damit verbunden die Chancen des Ziellandes auf den künftigen EU-Beitritt stärkt.

Diesem externen Akteur stehen zwei Strategien zur Verfügung: die Politik der geleiteten Stabilität und die Politik der geleiteten Instabilität. In diesem modifizierten Modell bedeutet die Strategie der Stabilisierung die Unterstützung des jeweiligen Amtsinhabers im Zielland, verbunden mit dem Versuch, einen Regimewechsel im Zielland zu vermeiden. Gleichzeitig hat der externe Akteur die Zielsetzung, die europäische Integration des Ziellandes zu unterstützen und voranzutreiben.[38] Die Stabilität des Regimes und die Fortschritte des Ziellandes auf seinem Weg in die EU sind keine normativen Zielsetzungen, sondern sie dienen zur Verwirklichung der eigennützigen Interessen des externen

[37] Vgl. Bíró-Nagy / Hare (2020), S. 9.

[38] Das Modell soll mit dem Aspekt der europäischen Integration ergänzt werden. Da alle Westbalkanstaaten, inkl. Serbien seit 2003 - im unterschiedlichen Maße - Fortschritte auf dem Weg in die EU erzielen und der EU-Beitritt eine wichtige außenpolitische Zielsetzung dieser Staaten darstellt, impliziert die Unterstützung der politischen Stabilität im Zielland gleichzeitig auch die Unterstützung der europäischen Integration des Landes.

Akteurs. Die Politik der geleiteten Instabilität bezieht sich hingegen auf die Schwächung des aktuellen Amtsinhabers und die Förderung eines Regimewechsels im Zielland. Weiterhin hat der externe Akteur die Zielsetzung, die europäische Integration des Ziellandes zu schwächen und zu verzögern.

Die folgende Analyse hat die Zielsetzung, Antworten auf die folgenden Fragen bezüglich Ungarns Politik gegenüber Serbien zu finden: **1)** Welche Rolle spielt Serbien in der ungarischen Außenpolitik? Welche Motive verfolgt die vierte Orbán-Regierung bei ihrer Politik gegenüber Serbien und welche Rolle spielt die *special relationship* zwischen Orbán und Vučić in den ungarisch-serbischen bilateralen Beziehungen? **2)** Agiert Ungarn gegenüber Serbien als ein negativer externer Akteur? Wenn ja, welche Strategie der (negativen) externen Akteure verfolgt Ungarn, die Politik der geleiteten Stabilität oder die Politik der geleiteten Instabilität? **3)** Welche möglichen Auswirkungen kann die Politik von Ungarn (langfristig) auf die europäische Integration von Serbien ausüben?

Die Arbeit geht im Hinblick auf die oben genannten Forschungsfragen von den folgenden drei Hypothesen aus, die überprüft werden sollen: **1)** Die Region Westbalkan, insbesondere Serbien spielt eine Schlüsselrolle in der ungarischen Außenpolitik der vierten Orbán-Regierung. Die Motive der ungarischen Regierung gründen insbesondere auf ökonomischen und minderheitenpolitischen Interessen. Die engen bilateralen Beziehungen basieren auf den guten persönlichen und freundschaftlichen Beziehungen von Orbán und Vučić und auf ähnlichen politischen Ansichten. **2)** Ungarn agiert mit seiner Außenpolitik gegenüber Serbien als ein negativer externer Akteur und verfolgt dabei die Strategie der geleiteten Stabilität. **3)** Obwohl Ungarn zurzeit als einer der wichtigsten Befürworter der europäischen Integration von Serbien gilt, kann Ungarn langfristig die Chancen Serbiens auf einen erfolgreichen EU-Beitritt eher schwächen.

## IV. Rolle des Westbalkans, insbesondere Serbiens in der ungarischen Außenpolitik

### *1. Die ungarische Außenpolitik nach der Ratspräsidentschaft 2011*

Die aktuelle ungarische außenpolitische Strategie wurde 2011, unter der zweiten Orbán-Regierung (2010-2014) erlassen, nachdem Ungarn zwischen dem 1. Januar und dem 30. Juni den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU) innehatte. Das strategische Dokument hat die Zielsetzung, die Leitlinien der ungarischen Außenpolitik nach der EU-Ratspräsidentschaft zu erfassen. Das Dokument besteht aus vier Hauptteilen, von denen das dritte Kapitel sich mit den geographischen Dimensionen der ungarischen Außenpolitik beschäftigt. Ungarn identifiziert drei regionale Schwerpunkte, die die ungarische außenpolitische Identität maßgeblich bestimmen: „unsere engere und breitere geografische

Umgebung", Europa und das transatlantische Gebiet.[39] Zum ersten Regionsschwerpunkt gehören die Nachbarstaaten von Ungarn, die Visegrád-Gruppe, die Westbalkanstaaten, die Donauraumstrategie der EU, Rumänien und Bulgarien, die Staaten der Östlichen Partnerschaft der EU, die „westliche Dimension" der ungarischen Außenpolitik[40], die Beziehungen zu Griechenland und der Türkei mit Fokus auf Zypern sowie die baltischen Staaten.[41]

Die ungarische Außenpolitik bestimmt, dass die Westbalkanstaaten im Mittelpunkt der Erweiterungspolitik der EU stehen. Ungarn unterstützt die europäische Integration dieser Staaten, insbesondere durch seine eigenen Erfahrungen der demokratischen Konsolidierung und des EU-Beitritts. Von den Staaten wird als erstes Serbien erwähnt, da die ungarische Außenpolitik für einen möglichst schnellen EU-Beitritt von Serbien und für die Beibehaltung der Möglichkeit eines Beitritts in die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO) plädiert. Die Wichtigkeit der euroatlantischen Integration der Region ergibt sich aus Sicht der ungarischen Politik aus vier Überlegungen. Einer der wichtigsten Gründe ist die Stabilität der Region, als nächster Aspekt wird das Vorantreiben des Aufholprozesses zum westlichen Teil Zentraleuropas genannt. In wirtschaftlicher Hinsicht ist die Region ein wichtiges Investitionsumfeld, dementsprechend ist die Verbesserung der Rechtssicherheit im Rahmen der euroatlantischen Integration der Region von hoher Wichtigkeit. Als letzter Aspekt wird betont, dass es im Interesse der in Serbien, in Vojvodina lebenden ungarischen Minderheit[42] ist, dass das Land und die Region Teil der euroatlantischen Strukturen werden. Zum Erreichen dieser Ziele betont das Dokument die Wichtigkeit des ungarischen Engagements im Rahmen der politischen Missionen (KFOR, EUFOR/ALTHEA) auf dem Westbalkan sowie der Verstärkung der Politik der kulturellen Vielfalt der EU in der Region.[43] Das Dokument stellt fest, dass im Hinblick auf die Beziehungen zu den Staaten des Westbalkans die Erweiterung der EU – unter Einhaltung der Kopenhagener Kriterien – eine der wichtigsten Zielsetzungen der ungarischen Außenpolitik der EU ist.[44]

[39] Külügyminisztérium (2011): Magyar külpolitika az uniós elnökség után. abrufbar unter: http://eu.kormany.hu/download/4/c6/20000/kulpolitikai_strategia_20111219.pdf (Stand: 28.09.2021), S. 2.
[40] Die westliche Dimension der ungarischen Außenpolitik beinhaltet folgende Staaten laut dem ungarischen außenpolitischen Strategiedokument aus dem Jahr 2011: Deutschland, Kroatien, Italien, Österreich, die Schweiz und Slowenien.
[41] Vgl. Külügyminisztérium (2011), S.19-25.
[42] Laut der Einschätzungen des „*the World Factbook*" der *Central Intelligence Agency* (CIA) der USA aus dem Jahr 2011 stellt die ungarische Minderheit 3,5% der Bevölkerung in Serbien dar. The World Factbook (o.J.): People and Society of Serbia, abrufbar unter: https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/serbia/#people-and-society (Stand: 29.09.2021)
[43] Vgl. Külügyminisztérium (2011), S. 21-22.
[44] Vgl. Külügyminisztérium (2011), S. 32.

## *2. Das ungarische Engagement gegenüber der Region im Rahmen der Visegrád-Gruppe*

Für Ungarn ist die Zusammenarbeit mit den drei regionalen Partnern (Slowakei, Tschechien und Polen) im Rahmen der Visegrád-Gruppe (V4) von hoher Wichtigkeit. Insbesondere nach 2009 haben die V4 ihre eher defensive Haltung hinter sich gelassen und wurden proaktiver in europäischen Fragen. Die drei wichtigsten Zielsetzungen der V4 sind aktuell die Unterstützung der südosteuropäischen und osteuropäischen Dimension der EU-Erweiterung, die Unterstützung der Östlichen Partnerschaft im Rahmen der Nachbarschaftspolitik der EU sowie eine gemeinsame Vision einer regionalen Energiepolitik.[45] Die erste Zielsetzung, nämlich die Unterstützung der europäischen Integration der Westbalkanstaaten, steht auch im Einklang mit den ungarischen außenpolitischen Zielsetzungen. Dementsprechend kann Ungarn im Rahmen der V4-Kooperation diese Priorität verstärkt unterstützen. Die Politik von Ungarn gegenüber den Westbalkanstaaten, insbesondere Serbien, spiegelt sich auch in den ungarischen V4-Präsidentschaftsprogrammen aus den Jahren 2017/2018 und 2021/2022.

Das ungarische Präsidentschaftsprogramm 2017/2018 mit dem Motto *#V4connects* formulierte vier Prioritätsfelder: europäisches, regionales, digitales und globales Visegrád. Im Rahmen der zweiten Priorität, regionales Visegrád war die Unterstützung des Westbalkans und der Staaten der Östlichen Partnerschaft einer der fünf Zielsetzungen der ungarischen Präsidentschaft. Das Dokument betonte, dass die euroatlantische Integration der Staaten des westlichen Balkans die Garantie für die langfristige Stabilität der Region ist. Dementsprechend wollte die ungarische Präsidentschaft 2017/2018 den EU- und NATO-Beitritt der Staaten des westlichen Balkans als Hauptpriorität unterstützen, sowohl auf der Ebene der EU als auch im Rahmen gemeinsamer Projekte. Das Dokument betonte, dass die Erweiterung wegen der Europa spaltenden Krisen nur eine limitierte Aufmerksamkeit erhält, dementsprechend sollten die V4 mit verschiedenen Mitteln die euroatlantische Integration vorantreiben.[46]

Wegen des Rotationsprinzips der Präsidentschaften innerhalb der V4 übte Ungarn die V4-Präsidentschaft mit dem Motto *Recharging Europe* ab Juli 2021 wieder für ein Jahr aus. Ungarn fokussierte auf drei große Themenbereiche während seiner Präsidentschaft: Stabilität, Wiederöffnung (in der Wirtschaft und in der Gesellschaft) und Partnerschaft. Im Rahmen der Priorität „Partnerschaft" wird unter der Kategorie „europäische V4+ Zusammenarbeit" die Kooperation mit den Westbalkanstaaten genannt. Die ungarische Präsidentschaft betont die Wichtigkeit der Unterstützung

[45] Cabada, Ladislav / Waisová, Šárka (2018): The Visegrad Group as an Ambitious Actor of (Central-)European Foreign and Security Policy, in: Cabada, Ladislav / Waisová, Šárka (Hrsg.) (2018): Security, Foreign and European Policy of the Visegrad Group. Prague, Metropolitan University Prague Press. S. 9-30., S. 11.

[46] Ministry of Foreign Affairs and Trade of Hungary (2017): Programme of the Hungarian Presidency of the Visegrad Group 2017/2018, abrufbar unter: https://www.visegradgroup.eu/download.php?docID=313 (Stand: 30.09.2021), S. 13-15.

der Stabilität, der sozioökonomischen Entwicklung und der europäischen Integration der Westbalkanstaaten. Von hoher Priorität in den Beziehungen ist die Bekämpfung der sozioökonomischen Herausforderungen und Konsequenzen der Coronavirus-Pandemie. Außerdem möchten die V4 die EU-Integrationsprozesse der Westbalkanstaaten mit Hilfe eigener Erfahrungen im Bereich EU-Beitritt sowie durch politische Unterstützung auf europäischen Ebene fördern. Der *International Visegrad Fund* soll weiterhin Projekte in der Region unterstützen und finanzieren sowie als Vorbild zum erfolgreichen Betrieb des *Western Balkans Funds* beitragen. Weiterhin fördert die Präsidentschaft die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Westbalkanstaaten im Rahmen des Wirtschafts- und Investitionsplans der Europäischen Kommission (EK). Die Zusammenarbeit zwischen den V4 und der Region ist insbesondere wegen mehrerer Sicherheitsbedrohungen und Herausforderungen unerlässlich. Hierbei steht für die ungarische Präsidentschaft insbesondere die Migration im Mittelpunkt, dementsprechend möchte Ungarn durch *best practices* die Region in diesem Bereich stark unterstützen.[47]

Um die aktuelle ungarische Außenpolitik und EU-Politik besser zu verstehen, bietet die Rede von Orbán auf der Konferenz „Seit 30 Jahren frei“ im Juni 2021 eine gute Grundlage. Der ungarische Ministerpräsident hat auf der Konferenz zehn Thesen über die Zukunft Europas formuliert. Am Anfang seiner Rede trifft er die Aussage, dass der ganze Balkan Teil Europas ist –. Die siebte These von Orbán fokussiert auf den EU-Betritt Serbiens: „Serbien muss aufgenommen werden.“ Orbán argumentiert, dass Serbiens EU-Mitgliedschaft die Interessen der EU mehr fördern würde als die Interessen Serbiens. Nach seiner Ansicht sollte diese Aussage als Tatsache anerkannt und dementsprechend Serbien in die EU aufgenommen werden.[48] Es ist wichtig zu betonen, dass der ungarische Ministerpräsident in seiner Rede nicht für die Integration des gesamten Westbalkans plädiert, sondern als wichtigste Aufgabe nur für die Aufnahme Serbiens in die EU.

## *3. Die Motive Ungarns zur aktiven Außenpolitik in Serbien*

Anhand der Analyse der außenpolitischen Agenda Ungarns aus dem Jahr 2011 sowie der V4-Präsidentschaftsprogrammen 2017/2018 und 2021/2022 kann man feststellen, dass die Region

[47] Ministry of Foreign Affairs and Trade of Hungary (2021): Programme of the Hungarian Presidency of the Visegrad Group 2021/2022, abrufbar unter: https://v4.mfa.gov.hu/asset/view/139043/Programme_of_the_HU_V4_Presidency_2021-22.pdf (Stand: 30.09.2021), S. 35-36.

[48] Prime Minister (o.A.) (19.06.2021): Viktor Orbán’s address at the conference entitled “Free for Thirty Years, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/viktor-orbans-address-conference-entitled-free-thirty-years (Stand: 01.10.2021)

Westbalkan und darin Serbien in mehrerer Hinsicht eine wichtige Rolle in der ungarischen Außenpolitik spielt. Ungarn sieht sich selbst anhand seiner historischen Erfahrungen der demokratischen Konsolidierung und euroatlantischen Integration in der Lage, die Staaten des westlichen Balkans auf ihrem Weg in die EU (und die NATO) zu unterstützen. Zusammenfassend lassen sich folgende Gründe für das ungarische Engagements in der Region feststellen: Stabilität der Region in sicherheitspolitischer Hinsicht, wirtschaftliche Interessen Ungarns und der Schutz der in der Region lebenden ungarischen Minderheit.

Beáta Huszka hat 2017 ebenfalls diese drei fundamentalen Aspekte identifiziert, als sie die Gründe für das hohe ungarische Engagement für die europäische Integration des Westbalkans untersucht hat. Huszka weist weiterhin darauf hin, dass die ungarische Unterstützung der EU-Erweiterung um die Westbalkanstaaten auch aus Solidaritätsgründern motiviert ist. Aus ungarischer Sicht ist es ungerecht, dass die Westbalkanstaaten mehr Konditionalitäten zu erfüllen haben und anders behandelt werden als die Staaten der Osterweiterungsrunde im Jahr 2004. Ungarn positioniert sich grundsätzlich gegen die schärferen Kriterien im Bereich Justiz und Grundrechte für die Westbalkanstaaten – mit Ausnahme der Minderheitenrechte. In diesem Zusammenhang kritisiert Ungarn stark die Erweiterungspolitik der EU, da der Prozess durch härtere Konditionalitäten viel komplizierter und ambivalenter als bei früheren Erweiterungsrunden wurde.[49]

## V. *Special relationship* zwischen Viktor Orbán und Aleksandar Vučić - Analyse des Einflusses der ungarischen Außenpolitik auf Serbien

### *1. Ähnlichkeiten im Amtsverständnis und leadership style*

Die ungarisch-serbischen Beziehungen, insbesondere die persönlichen Beziehungen zwischen Orbán und Vučić werden öfter kritisiert, vor allem im Hinblick auf die Demokratiequalität beider Staaten. So spricht man oft von einer speziellen „illiberalen“ Beziehung[50] und davon, dass die guten bilateralen Beziehungen auf geteilten autoritären Tendenzen basieren.[51]

Die beiden Politiker teilen ein ähnliches Amts- und Machtverständnis, was vermutlich zum Ausbau der guten bilateralen Beziehungen beiträgt. Was die politische Ideologie des ungarischen

[49] Huszka, Beáta (2017): Eurosceptic yet pro-enlargement: the paradoxes of Hungary’s EU policy, in: Southeast European and Black Sea Studies. Vol 17, Nr. 4. S. 591-609., S. 595.
[50] Vgl. Čačić (09.09.2021)
[51] Curic, Ana / Zöldi Blanka (26.09.2019): Illumination of Serbia, Hungarian Style, abrufbar unter: https://balkaninsight.com/2019/06/26/illumination-of-serbia-hungarian-style/ (Stand: 02.11.2021)

Ministerpräsidenten und des serbischen Präsidenten betrifft, gelten beide Politiker als Rechtspopulisten, die mit Hilfe von nativistischen Elementen die Wichtigkeit der jeweiligen ungarischen und serbischen Nation betonen. Ein wichtiges Element bezüglich der Machtmittel von Orbán und Vučić ist der Umgang mit den Medien, nämlich die Einschränkung der Medienfreiheit mit Hilfe von unterschiedlichen Maßnahmen. Der serbische Präsident nahm das „System Orbán" als Vorbild und übernahm viele der Orbánschen Strategien im Bereich Medienkontrolle. Dadurch haben beide Politiker die Möglichkeit zu kontrollieren, wie sie in der Öffentlichkeit erscheinen. Das Medien-Beispiel zeigt auch, dass weder Orbán noch Vučić gewohnt sind, herausgefordert oder kritisiert zu werden – ein Aspekt, der auch bei den engen bilateralen Beziehungen eine Rolle spielen kann.[52]

Im Hinblick auf die *leadership styles* von Orbán und Vučić kann man feststellen, dass sie ähnliche Charakteristika aufweisen – ein weiterer möglicher Grund für die erfolgreiche Zusammenarbeit der beiden Politiker. Orbán und Vučić gelten als Politiker mit einem hohen Maß an Selbstbewusstsein und politischer Kompetenz und präsentieren sich selbst als „Männer, die Integrität verkörpern". Aus der Sicht von Orbán setzt Erfolg in der Politik die Kontrolle des politischen Geschehens durch Machtdemonstration voraus. Er vermeidet die Teilnahme an politischen Debatten und fokussiert seine Energie stattdessen auf das strategische Denken und das Delegieren von politischen Entscheidungen. Vučić projiziert ebenfalls ein Image eines kompetenten Politikers sowohl für seine Wählerschaft als auch für die eigene Partei. Durch seine Kampagne zur Bekämpfung der Korruption konnte er sein Image als Verkörperer der Integrität stärken. Seine politische Vergangenheit – Transformation von einer radikalen Vergangenheit zu einer moderateren Gegenwart – schwächt aber seine Position und Glaubwürdigkeit als Politiker.[53]

Ergänzend zum Aspekt des ähnlichen Amts- und Machtverständnisses der beiden Politiker soll auch das Rechtsverständnis von Orbán kurz erläutert werden, welches Ungarns Politik gegenüber Serbien im Hinblick auf die politischen Kopenhagener Kriterien beeinflusst. „*Rule of man,* was der Kommunismus ist, wurde durch uns durch *rule of law* ersetzt. Wir sind die Streetfighter, die Revolutionäre der Rechtsstaatlichkeit." Diese Aussage des ungarischen Ministerpräsidenten stammt aus einem Interview mit der deutschen Zeitung, Die Zeit. Orbán wies darauf hin, dass 1989 die Ungarn viel dazu beigetragen haben, dass die Rechtsstaatlichkeitsprinzipien auch in den Ländern des damaligen Ostblocks eingehalten werden. Er erklärte aber, dass Deutschland (bzw. „der Westen") ein anderes Verständnis von der Rechtsstaatlichkeit habe als Ungarn. Nach seiner Ansicht sollte die Rechtsstaatlichkeit nicht anhand

[52] Vgl. Bíró-Nagy / Hare (2020), S. 7-8.
[53] Vgl. Bíró-Nagy / Hare (2020), S. 9.

„subjektiver", sondern anhand objektiver und wissensbasierter Kriterien gemessen werden. Weiterhin sollten Urteile über die Qualität der *rule of law* nur anhand konkreter Beweise gefällt werden.[54]

Der Beginn der Schwächung der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn stellte die Verabschiedung eines neuen Grundgesetzes im Jahr 2011, ein Jahr nach dem Erdrutschsieg der Fidesz-Partei, dar. Das neue Grundgesetz formte den ungarischen Konstitutionalismus nach der Wende grundlegend um. Davon war insbesondere die Verfassungsgerichtbarkeit in Ungarn betroffen. Die Kompetenzen des Gerichts als Kontrollinstanz und die richterliche Unabhängigkeit in der Justiz wurden massiv geschwächt. Mit Ausnahme des Europäischen Parlaments reagierte die EU auf die Vorkommnisse in Ungarn eher passiv und schwach. Erst der im Jahr 2018 veröffentlichte „Sargentini-Bericht" des Europäischen Parlamentes (EP), leitete das sog. „Artikel-7-Verfahren" gegen Ungarn in die Wege, das aber wegen der internen Schwäche der EU-Institutionen und wegen des Einstimmigkeitsprinzips im Rat der EU noch keine konkreten Maßnahmen zur Folge hatte.[55]

Im Jahr 2020, im Hinblick auf die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU geriet die Lage der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn (und Polen) erneut ins Rampenlicht. Unter der Führung der deutschen Ratspräsidentschaft wurde am Ende intensiver Verhandlungen ein – im Vergleich zu dem ursprünglichen Entwurf – schwächerer Mechanismus zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit eingeführt. Bei dem Mechanismus handelt es sich explizit um ein Instrument zum Schutz des Haushalts der EU. Er richtet sich gegen Verstöße gegen das Rechtsstaatsprinzip, die in einem Mitgliedstaat die ordnungsgemäße Verwendung von EU-Geldern gefährden können.[56]

Die Verordnung 2020/2092 der EU[57] regelt die konkreten Bestimmungen bezüglich des Mechanismus, so wie die wichtigsten Begrifflichkeiten im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit, die Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, die Voraussetzungen für die Annahme von Maßnahmen, die Maßnahmen zum Schutz des Haushalts der EU, das Verfahren und die Aufhebung von Maßnahmen. Mögliche Maßnahmen, die innerhalb der Verordnung gegen ein Mitgliedstaat erhoben werden, müssen einer Bewertung vollzogen werden. „*Diese Bewertung sollte objektiv, unparteiisch und fair sein und*

[54] Giovanni di Lorenzo (25.11.2020): „Meine kleine Handgranate reicht dafür nicht" – Interview mit Viktor Orbán, abrufbar unter: https://www.zeit.de/2020/49/viktor-orban-ungarn-europa-corona-hilfe-angela-merkel-menschenrechte/komplettansicht (Stand: 02.11.2021)

[55] Kovács, Kriszta / Scheppele, Kim Lane (2021): Rechtsstaat unter Druck. Ungarn, Polen und die Rolle der EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Vol. 68, Nr. 37. S. 32-39., S. 33-35.

[56] Bos, Ellen / Kurze, Kristina (2021): Zur Einführung einer Rechtsstaatskonditionalität in der Europäischen Union: die Corona-Krise als „Window of Opportunity", in: Integration, Vol. 44, Nr. 1/2021. S. 23-39.

[57] Europäisches Parlament / Rat der Europäischen Union (2020): Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union, abrufbar unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32020R2092&from=DE (Stand: 02.11.2021)

*sachdienliche Informationen aus verfügbaren Quellen und von anerkannten Institutionen berücksichtigen, darunter Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union, Berichte des Rechnungshofs, der Jahresbericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit und das jährliche EU-Justizbarometer der Kommission, Berichte des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) und gegebenenfalls Informationen der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUStA), sowie Schlussfolgerungen und Empfehlungen einschlägiger internationaler Organisationen und Netze […].*"[58]

Besonderes Kernelement in diesem Zusammenhang ist der jährliche Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit. In diesem werden jährlich die wichtigsten positiven und negativen Entwicklungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten hervorgehoben. Der Bericht fokussiert auf die folgenden vier Pfeiler: das Justizsystem, den Rahmen für die Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus und die institutionellen Fragen in Bezug auf die Gewaltenteilung.[59]

### *2. Analyse der bilateralen Treffen zwischen Viktor Orbán und Aleksandar Vučić*

Im Folgenden werden die bilateralen Treffen zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten und dem serbischen Präsidenten zwischen dem 18. Mai 2018 (Konstituierung des neuen Orbán-Kabinetts) und dem 31. Oktober 2021 (Zeitpunkt der Fertigstellung der Analyse) untersucht. In diesem Zeitraum fanden acht Treffen zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten und dem serbischen Präsidenten statt. In die Analyse wurde auch das sechste Ungarisch-Serbische Intergouvernementale Gipfeltreffen am 8. September 2021 einbezogen, obwohl Vučić daran nicht persönlich teilnahm, sondern nur die serbische Ministerpräsidentin Ana Brnabić. Das Treffen wurde dennoch berücksichtigt, weil es einen wichtigen Meilenstein in den bilateralen Beziehungen darstellte.

1) 14-15. April 2019

Nach den Parlamentswahlen in Ungarn im April 2018 und nach der Konstituierung der vierten Orbán-Regierung fand das erste Treffen zwischen Orbán und Vučić ein Jahr später, im April 2019 im Rahmen des Fünften Ungarisch-Serbischen Intergouvernementalen Gipfeltreffens statt. Auf dem Gipfeltreffen führte Orbán mit Vučić und mit Brnabić Verhandlungen, zusammen mit anderen Ministerinnen und Ministern beider Regierungen.[60]

---

[58] Vgl. Europäisches Parlament / Rat der Europäischen Union (2020)

[59] Europäische Kommission (o.J.): Politikfelder / Justiz und Grundrechte / Wahrung der Rechtsstaatlichkeit / Rule of law / Mechanismus zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit / Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/upholding-rule-law/rule-law/rule-law-mechanism/2020-rule-law-report_de (Stand: 02.11.2021)

[60] Miniszterelnök (o.A.) (14.04.2019): Orbán Viktor Szerbiába utazott, abrufbar unter: https://www.miniszterelnok.hu/orban-viktor-szerbiaba-utazott/ (Stand: 11.10.2021)

Den ersten wichtigen Bereich der Vereinbarungen stellten die infrastrukturellen Projekte zwischen den zwei Staaten dar, insbesondere im Bereich des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs und der Eröffnung neuer Grenzübergänge. Bezüglich der Grenzen erwähnte Orbán auch das Thema der „illegalen Migration" und wies darauf hin, dass die illegale Migration weiterhin eine „echte Bedrohung" darstelle. Der nächste Themenbereich betraf die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den zwei Ländern mit Fokus auf die ungarischen Investitionen in ganz Serbien – und nicht nur in der Vojvodina. Hierzu wurde auch ein Fonds für Investitionen in Milliardenhöhe (HUF) gegründet. Im Bereich infrastruktureller Großprojekte betonte Brnabić die Wichtigkeit der Zusammenarbeit in zwei Projekten: dem Bau der Bahnstrecke Belgrad-Budapest und der internationalen Gaspipeline *Turkish Stream*. Brnabić hob auch die Intensivierung des bilateralen Warenhandels hervor, sowie die Tatsache, dass Ungarn der drittgrößte wirtschaftliche Partner Serbiens sei.[61] Orbán betonte weiterhin die Wichtigkeit der Stellung der ungarischen Minderheit innerhalb von Serbien. Der ungarische Ministerpräsident lobte zudem die Entscheidungen der serbischen Regierung, die eine kulturelle Autonomie für die ungarische Minderheit ermöglichen. Er argumentierte, dass die von Serbien verfolgte Minderheitenpolitik Beispiel für ganz Europa sein sollte.[62]

Orbán plädierte auf der Pressekonferenz für den EU-Beitritt Serbiens: „[…] *enlargement of the Union is not only good for those entering the Union, but also for those who are already members."* Orbán argumentierte, dass der EU-Beitritt sowohl für Serbien als auch für die Region Zentraleuropa und auch für die EU profitabel wäre. Er erkennt an, dass einige Staaten innerhalb der EU Einwände gegen den Beitritt Serbiens haben, diese Einwände aber auf einem Missverständnis beruhen.[63]

Als letzten wichtigen Aspekt betonte Orbán die Frage der politischen Stabilität. Nach seiner Ansicht gibt es zwei Arten von Staaten, diejenigen, die sich auch ohne politische Stabilität weiterentwickeln können und diejenigen, die für die Weiterentwicklung politische Stabilität benötigen. Laut Orbán gehören Serbien und Ungarn in die zweite Gruppe. Wenn diese Staaten in politische Verwirrung geraten, dann würde diese die Weiterentwicklung Länder ins Stocken bringen. Politische Stabilität bedeute nach Ansicht Orbáns Wachstum und Kooperation. Dementsprechend sprach Orbán dem

[61] Híradó (o.A.) (15.04.2019): Orbán: Szerbia mielőbbi uniós tagsága minden EU-tagország érdeke, abrufbar unter: https://hirado.hu/kulfold/kulpolitika/cikk/2019/04/15/orban-szerbia-mielobbi-unios-tagsaga-minden-eu-tagorszag-erdeke (Stand: 11.20.2021)
[62] Prime Minister (o.A.) (15.04.2019): Statement by Orbán Viktor at a press conference following the Serbian-Hungarian intergovernmental summit, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/statement-viktor-orban-press-conference-following-serbian-hungarian-intergovernmental-summit (Stand: 12.10.2021)
[63] Vgl. Prime Minister (o.A.) (15.04.2019)

serbischen Präsidenten und der serbischen Ministerpräsidentin seine Anerkennung für die in Serbien erreichte politische Stabilität aus.[64]

2) 4-5. September 2019

Das nächste Treffen zwischen Orbán und Vučić fand im September 2019 aus Anlass des III. Budapester Demografiegipfels statt. Die zwei Staatsmänner führten auch Verhandlungen über die bilateralen Beziehungen und Vučić besuchte als Teil seines offiziellen Programms die Nikola Tesla Schule in Budapest.[65]

Anlässlich des Demografiegipfels betonte Vučić während seines Aufenthalts in Ungarn die Wichtigkeit des Kampfes gegen die demografischen Probleme, die auch die EU betreffen würden. Weiterhin wies der serbische Präsident auf die Wichtigkeit der Maßnahmen zur Unterstützung der Großfamilien hin. Vučić unterstrich auch, dass Serbien die *best practices* der ungarischen Politik bezüglich des Bevölkerungswachstums übernehmen möchte. Im Hinblick auf die serbisch-ungarischen Beziehungen sprach er von einem historischen Höhepunkt der bilateralen Beziehungen – als Verdienst des ungarischen Ministerpräsidenten. Er sprach sich auch für die weitere Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen aus. Weiterhin bedankte sich Vučić bei Orbán für seine Politik gegenüber der in Ungarn lebenden serbischen Minderheit und bezeichnete ihn als „Freund der Serben".[66] Ein weiterer wichtiger Aspekt der Verhandlungen war die sog. „Kosovo-bezogene Frage". Abgesehen davon, dass Ungarn die Unabhängigkeit von Kosovo anerkennt, bat Vučić um Orbáns Hilfe bezüglich „einiger Fragen im Zusammenhang mit Kosovo und Metochien". Der serbische Politiker betonte, dass Serbien immer auf die Unterstützung Ungarns zählen könne.[67]

Während seiner Rede auf dem Demografiegipfel sprach Orbán unter anderem über Ungarns bilaterale Beziehungen zu Serbien. Er hob hervor, dass die Serben „ein großes Herz haben" und dass das Land nicht nur ein Nachbarstaat Ungarns sei. Die zwei Staaten „teilen auch ein gemeinsames Schicksal".[68]

3) 15. März 2020

---

[64] Vgl. Prime Minister (o.A.) (15.04.2019)
[65] Szerbia Köztársaság Nagykövetsége (o.A.) (o.J.a): Aleksandar Vučić, Szerbia Köztársaság elnöke Budapesten 2019. szeptember 4-én és 5-én, abrufbar unter: http://www.budapest.mfa.gov.rs/hun/newstext.php?subaction=showfull&id=1569327290&ucat=106&template=HeadlinesCir& (Stand: 13.10.2021)
[66] Vgl. Szerbia Köztársaság Nagykövetsége (o.A.) (o.J.a)
[67] The President of the Republic of Serbia (o.A.) (04.09.2019): President Vučić in the visit to Budapest, abrufbar unter: https://www.predsednik.rs/en/press-center/news/president-vucic-in-the-visit-to-budapest (Stand: 13.10.2021)
[68] Prime Minister (o.A.) (05.09.2019): Prime Minister Orbán Viktor's speech at the 3rd Budapest Demographic Summit, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/prime-minister-orban-viktors-speech-3rd-budapest-demographic-summit (Stand: 13.10.2021)

Das erste Treffen seit dem Beginn der Coronavirus-Pandemie zwischen dem serbischen Präsidenten und dem ungarischen Ministerpräsidenten fand am 15. März 2020 in Belgrad statt. Die beiden Politiker behandelten zwei wichtige Themen: die Coronavirus-Pandemie und die Migrationskrise.[69] Gesprächsgegenstand war insbesondere der Kampf gegen die Pandemie. Besonderes Augenmerk wurde auf den Personen- und Güterverkehr während der Pandemie an der ungarisch-serbischen Grenze gelegt.[70]

4) 22. März 2020

Eine Woche später besuchte Vučić seinen ungarischen Kollegen in Budapest. Das wichtigste Thema des Treffens stellten erneut die Coronavirus-Pandemie und die Grenzsituation während der Pandemie dar. Orbán und Vučić beschlossen, dass sie zur Erfüllung der gemeinsamen Ziele einen kontinuierlichen „virtuellen und persönlichen Kontakt" aufrechterhalten wollen.[71]

5) 15. Mai 2020

Vučić empfing den ungarischen Ministerpräsidenten nach zwei Monaten erneut in Belgrad. Orbán wies darauf hin, dass sie während der Pandemie sehr häufig konsultierten, „so häufig wie noch nie zuvor". Bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen begrüßte Orbán die Tatsache, dass der bilaterale Handel im Jahr 2019 einen Rekordwert erreicht hat. Orbán plädierte für die weitere Intensivierung der bilateralen Investitionen zwischen Ungarn und Serbien. Als Beispiel für konkrete Maßnahmen erwähnte er die Eröffnung eines Kreditrahmens in der Höhe von 100 Millionen Euro, um die Zusammenarbeit der ungarischen und serbischen Unternehmen zu fördern. Einen weiteren wichtigen Punkt der Verhandlungen stellten die Konditionen dar, die während der Pandemie grenzüberschreitende Arbeit weiterhin ermöglichen sollten.[72]

Der ungarische Ministerpräsident wies weiterhin auf die Wichtigkeit des Projektes der Budapest-Belgrad Bahnstrecke hin. Der Transport chinesischer Waren nach Europa sei eines der Hauptthemen für die Zukunft – die Bahnstrecke könnte diesen Prozess beschleunigen. Im Bereich der Energieversorgung betonte er die Wichtigkeit des Ausbaus einer gemeinsamen Pipeline. Im Hinblick auf die Beziehungen

[69] Prime Minister (o.A.) (15.03.2020): Prime Minister Viktor Orbán travelled to Belgrade, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/prime-minister-viktor-orban-travelled-belgrade (Stand: 14.10.2021)
[70] Tájékoztató oldal a koronavírusról (o.A.) (05.03.2020): Orbán Viktor: Magyarország továbbra sem engedi be az Olaszországból érkező szerbeket, abrufbar unter: https://koronavirus.gov.hu/cikkek/orban-viktor-magyarorszag-tovabbra-sem-engedi-be-az-olaszorszagbol-erkezo-szerbeket (Stand: 14.10.2021)
[71] Miniszterelnök (o.A.) (22.03.2020): Orbán Viktor Szerbia elnökével egyeztetett Budapesten, abrufbar unter: https://www.miniszterelnok.hu/orban-viktor-szerbia-elnokevel-egyeztetett-budapesten/ (Stand: 14.10.2021)
[72] Miniszterelnök (o.A.) (15.05.2020): Orbán Viktor sajtónyilatkozata Szerbia elnökével folytatott tárgyalását követően, abrufbar unter: https://www.miniszterelnok.hu/orban-viktor-sajtonyilatkozata-szerbia-elnokevel-folytatott-targyalasat-kovetoen/ (Stand: 15.10.2021)

zwischen der EU und Serbien betonte Orbán, dass Ungarn weiterhin ein engagierter Unterstützer der europäischen Integration Serbiens sei. Ungarn forderte, dass die EU sechs Verhandlungskapitel mit Serbien eröffnen solle, für deren Eröffnung Serbien ansonsten bereit wäre. Ungarn brauche ein starkes Serbien, das zur Stabilität und Entwicklung der Region beitragen könne.[73]

Vučić ergänzte die Rede von Orbán damit, dass die serbisch-ungarischen bilateralen Beziehungen einen historischen Höhepunkt erreichten – auf allen Ebenen der Zusammenarbeit. Der serbische Präsident und der ungarische Ministerpräsident führten Verhandlungen über weitere Kooperationsmöglichkeiten im Bereich Wirtschaft, Sport und Diplomatie. Bezüglich der europäischen Integration Serbiens bedankte sich Vučić bei Ungarn für die Unterstützung und betonte insbesondere die Rolle von Olivér Várhelyi. Ungarn ist der wichtigste Befürworter Serbiens in Europa und hat Serbien immer unterstützt, auch wenn andere Staaten die serbische Minderheitenpolitik kritisierten. Als letzten Aspekt betonte Vučić die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit István Pásztor (Präsident der Allianz der Vojvodina-Ungarn), da die ungarische Minderheit eine Brückenfunktion zwischen beiden Staaten ausübe.[74]

6) 8. Juli 2021

Das nächste Treffen zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten und serbischen Präsidenten fand im Juli 2021 in Belgrad, 14 Monate nach dem vorherigen Treffen statt.[75] In seiner Rede bewertete Orbán die serbisch-ungarische Zusammenarbeit während der Pandemie. In dieser Zeit wurden 16 infrastrukturelle Großprojekte umgesetzt, 13 davon südlich der Autonomen Provinz Vojvodina. Orbán wies darauf hin, dass die Zusammenarbeit im Bereich der Energieversorgung über Gaspipelines erfolgreich verlaufe. Im Rahmen eines Projektes wurde das ungarische und das serbische Pipelinesystem verbunden, folglich ermöglicht dies in der Zukunft den bilateralen Gasexport. Er hob hervor, dass Ungarn Serbien in Krisensituationen der Energieversorgung in der Vergangenheit mit fairen Gaspreisen unterstützt hätte.[76]

Orbán legte in der Rede ein besonderes Augenmerk auf die europäische Integration Serbiens. Aus der historischen Perspektive verglich er die führende Rolle Serbiens in der Region mit der damaligen Rolle Polens bei der EU-Osterweiterung. Dementsprechend bedeutet die ungarische Unterstützung des EU-

[73] Vgl. Miniszterelnök (o.A.) (15.05.2020)
[74] Origo (o.A.) (15.05.2020): A szerb elnök hálás Orbán Viktornak, abrufbar unter: https://www.origo.hu/nagyvilag/20200515-magyarorszag-es-szerbia-kapcsolataban-sok-jovobeli-lehetoseg-es-rejlik-meg.html (16.10.2021)
[75] Die längere Pause der bilateralen persönlichen Treffen war wahrscheinlich durch die Pandemie bedingt.
[76] Prime Minister (o.A.) (08.07.2021): Press statement by Prime Minister Viktor Orbán after his talks with President of Serbia Aleksandar Vučić, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/press-statement-prime-minister-viktor-orban-after-his-talks-president-serbia-aleksandar-vucic/ (Stand: 16.10.2021)

Beitritts von Serbien (als vermeintliches Schlüsselland der Region) auch die Unterstützung der europäischen Integration des gesamten Westbalkans. Solange Serbien der EU nicht beitreten wird, werden auch die anderen Westbalkanstaaten nicht beitreten, erklärte Orbán. Die EU solle verstehen, dass sie den serbischen Beitritt mehr benötige als Serbien selbst. Als nächster wichtiger Punkt – im Zusammenhang mit der Stabilität der Region – wies er auf das Problem der „illegalen Migration" hin. Die Migration „aus Osten und Süden" sei eine Herausforderung, an deren Bekämpfung Serbien und Ungarn zusammenarbeiten sollten. Orbán hob hervor, dass Serbien nach seiner Ansicht zum südlichen Teil Zentraleuropas gehöre und dadurch auch Teil der Region Zentraleuropas sei. In Fragen der europäischen Integration und der „illegalen Migration" könne sich Ungarn auf Serbien verlassen und *vice versa*.[77]

In seiner Rede wies Vučić darauf hin, dass Ungarn kontinuierlich die europäische Integration Serbiens unterstütze, selbst wenn das Land auf europäischer Ebene kritisiert werde. Vučić hob die Wichtigkeit des Projektes der Budapest-Belgrad Bahnstrecke hervor und weitere wichtige grenzüberschreitende infrastrukturelle Projekte. Auf symbolischer Ebene der Zusammenarbeit verlieh Vučić den „Orden der serbischen Fahne ersten Grades" an den ungarischen Außenminister Péter Szijjártó[78]. Der serbische Präsident erklärte, dass die Auszeichnung „ein weiteres Glied in der Kette der Freundschaft sei".[79]

7) 8. September 2021

Im Rahmen der ungarisch-serbischen bilateralen Beziehungen stellte das sechste Ungarisch-Serbische Intergouvernementale Gipfeltreffen den nächsten Schritt dar. Orbán und Vučić trafen sich zwar nicht persönlich miteinander, Orbán empfing aber die serbische Ministerpräsidentin und andere Ministerinnen und Ministern der serbischen Regierung in Budapest.[80]

In seiner Rede wies Orbán als erstes auf die Unterzeichnung einer Vereinbarung über freundschaftliche Beziehungen und strategische Partnerschaft mit Serbien hin, die aus historischer Sicht „zu den wichtigsten" gehöre. Im Abkommen stehen insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen im Mittelpunkt. Weiterhin solle Zusammenarbeit im Rahmen der bilateralen Minderheitenpolitik verstärkt werden. Aus kultureller und sicherheitspolitischer Sicht sei die bilaterale Zusammenarbeit laut Orbán ebenfalls wünschenswert. „*You can't defend Serbia without Hungary, and you can't defend Hungary's*

[77] Vgl. Prime Minister (o.A.) (08.07.2021)
[78] Die Auszeichnung ist der höchste Orden für ausländische Bürgerinnen und Bürger.
[79] Szerbia Köztársaság Nagykövetsége (o.A.) (o.J.b), abrufbar unter: http://www.budapest.mfa.gov.rs/hun/newstext.php?subaction=showfull&id=1626178202&ucat=106&template=HeadlinesCir& (Stand: 17.10.2021)
[80] Miniszterelnök (o.A.) (08.09.2021): Magyarország és Szerbia megvédi Európát és Németországot, abrufbar unter: https://www.miniszterelnok.hu/magyarorszag-es-szerbia-megvedi-europat-es-nemetorszagot/ (Stand: 17.10.2021)

*security without Serbia. Horribile dictu, you can't defend Europe's security without Serbia and Hungary."*[81] Auch in dieser Hinsicht möchte sich Orbán „zu tausend Prozent" für den EU-Beitritt Serbiens einsetzen, da ohne die Integration Serbiens in die EU-Sicherheitsstrukturen die Sicherheit der EU nicht garantiert werden könne.[82]

Rückblickend auf die bisherigen dynamischen Fortschritte der Wirtschaftsbeziehungen identifizierte Orbán die „Verbindungen" als Hauptkategorie, insbesondere Grenzübergänge, wirtschaftliche Verbindungen, Grenzkontrollen, Straßen- und Bahnanschlüsse sowie kürzlich die Anbindung der Schifffahrtsstraßen. Orbán betonte auch die Wichtigkeit der Energieversorgung in den bilateralen Beziehungen, insbesondere im Hinblick auf die Gaspipelineverbindung zwischen den beiden Staaten. Weiterhin wies der ungarische Ministerpräsident auf die Modernisierung und Erweiterung der Anzahl der Grenzübergänge zwischen Ungarn und Serbien hin.[83]

Orbán unterstrich, dass die Renovierung der Budapest-Belgrad Bahnstrecke bis 2025 fertiggestellt werden solle. Der ungarische Ministerpräsident ging weiterhin darauf ein, dass auf Ministerialebene auch wichtige Vereinbarungen über die bilaterale Zusammenarbeit unterschrieben worden wären. Die Vereinbarungen behandelten folgende Themenbereiche: Kooperation zwischen jungen Landwirten, Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Innovation und Technologie (ITM) und dem serbischen Wirtschaftsministerium, gemeinsame Grenzpatrouillen, ungarische Expertenunterstützung für den EU-Beitritt, diplomatische Ausbildung zwischen beiden Staaten und das Tragflügelboot-Projekt Budapest-Belgrad.[84]

8) 23. September 2021

Das nächste Treffen zwischen Orbán und Vučić fand anlässlich des IV. Budapester Demografiegipfels statt. Orbán führte bilaterale Verhandlungen mit den am Gipfel teilnehmenden Staatsoberhäuptern. Als erstes empfing er Mike Pence (ehemaliger US-Vizepräsident) und danach führte er Gespräche mit Vučić.[85]

In seiner Rede auf der Konferenz wies Orbán – außer auf die demografischen Aspekte des Gipfels – auf die europäische Integration Serbiens hin. Er argumentierte, dass die Zukunft des Westbalkans die

[81] Prime Minister (o.A.) (08.09.2021): Prime Minister Viktor Orbán's press statement after the Hungarian-Serbian government summit, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/prime-minister-viktor-orbans-press-statement-after-hungarian-serbian-government-summit/ (Stand: 17.10.2021)
[82] Vgl. Prime Minister (o.A.) (08.09.2021)
[83] Vgl. Prime Minister (o.A.) (08.09.2021)
[84] Vgl. Miniszterelnök (o.A.) (08.09.2021)
[85] Magyarország Kormánya (o.A.) (23.09.2021): Orbán Viktor a Demográfiai Csúcs előadóival tárgyal, abrufbar unter: https://kormany.hu/hirek/orban-viktor-a-demografiai-csucs-eloadoival-targyal (20.10.2021)

Zukunft der Sicherheit Europas bestimmen werde. Laut Orbán sollen die „Menschen in Brüssel" davon überzeugt werden, ihre jahrhundertealte Politik aufzugeben, in der sie den Balkan als eine Pufferzone für den eigenen „Komfort" und für die eigene Sicherheit nutzen würden. Der Balkan solle stattdessen als eine zu integrierende Region betrachtet werden. Orbán verkündete, dass Europa ohne Serbien und ohne die Westbalkanregion „nicht vollständig werden könne".[86]

9) 18. Oktober 2021

Das letzte Treffen zwischen Vučić und Orbán im Untersuchungszeitraum fand im Oktober 2021 in Horgoš statt. Der Anlass des Treffens war der Beginn des Projektes zur Renovierung, Modernisierung und Neueröffnung der grenzüberschreitenden Bahnstrecke zwischen Szeged und Subotica. Orbán erklärte, dass der Anfang des Projektes auch eine Grundsteinlegung für die gemeinsame Zukunft sei. Der ungarische Ministerpräsident hob hervor, dass zwischen Szeged und Subotica eine Schengen-Grenze liege, diese Grenze sollte aber weiter südlich sein. Die serbische Bevölkerung solle in der Lage sein, ohne Passkontrolle nach Ungarn und in die EU einzureisen. Weiterhin wies der ungarische Ministerpräsident darauf hin, dass die Szeged-Subotica-Bahnstrecke einen „großen Bruder habe", nämlich die Budapest-Belgrad Eisenbahnstrecke. Daneben erklärte er, dass Serbien das „Tor des Balkans" sei und das Land der „Schlüsselstaat" für die Sicherheit Europas werde. Orbán betonte, dass Serbien seit Jahren bereit für den Beitritt sei. Die wichtigste Frage laute langsam nicht mehr, ob Serbien tatsächlich der EU beitreten möchte, sondern ob es noch eine EU geben werde, der man beitreten kann.[87]

Nach der ausführlichen Untersuchung der bilateralen Treffen zwischen Orbán und Vučić möchte die folgende Arbeit verdeutlichen, dass bei bilateralen Treffen zwischen dem serbischen Präsidenten und anderen europäischen Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern diese auf ganz andere Weise das Thema des EU-Beitritts Serbiens und der Erfüllung der politischen Kopenhagener Kriterien thematisieren. Weiterhin kann man feststellen, dass die Politik und Rhetorik von Vučić stark von dem/der jeweiligen Gesprächspartner/in abhängt. Dies wird bei einem Besuch der ehemaligen Bundeskanzlerin, Angela Merkel in Serbien im September 2021 deutlich. Als Teil ihres Besuchs führte sie Verhandlungen mit dem serbischen Präsidenten. Die Analyse der abschließenden Pressekonferenz dient als guter Vergleichsmaßstab zur Analyse der bilateralen Treffen zwischen Orbán und Vučić.

[86] Prime Minister (o.A.) (23.09.2021): Prime Minister Viktor Orbán's address at the 4th Budapest Demographic Summit, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/prime-minister-viktor-orbans-address-4th-budapest-demographic-summit/ (Stand: 20.10.2021)

[87] Prime Minister (o.A.) (18.10.2021): Hungarians and Serbs have begun to build a new future, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/hungarians-and-serbs-have-begun-build-new-future (Stand: 21.10.2021)

In ihrer Rede betonte die ehemalige deutsche Bundekanzlerin, dass Serbien und die anderen Westbalkanstaaten wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU erzielten, jedoch stehe noch ein langer Weg vor den Staaten. Sie hob aber hervor, dass der Beitritt dieser Staaten ein „gemeinsames Interesse" sei. Sie betonte, dass es aus der Sicht der EU ein „absolutes geostrategisches Interesse" für den EU-Beitritt der Westbalkanstaaten gebe und wies auf den Einfluss anderer Mächte in der Region hin. Merkel unterstrich in ihrer Rede eindeutig die Wichtigkeit der Erfüllung der politischen Kopenhagener Kriterien. Sie ermutigte den serbischen Präsidenten, „[…] weiter in Richtung Rechtsstaat, Demokratie und Pluralität der Zivilgesellschaft wichtige Schritte zu gehen". Merkel wie darauf hin, dass im Hinblick auf den serbischen Beitrittsprozesses die Öffnung neuer Verhandlungskapitel insbesondere im Bereich des Rechtssystems bedeutend sei. Merkel sprach auch von der Reform des Beitrittsprozesses auf französische Initiative und begrüßte die „Cluster-Herangehensweise". Außerdem betonte die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin die Wichtigkeit des Berlin-Prozesses im Prozess der Annäherung der Region an die EU.[88]

Im Hinblick auf die Erfüllung der politischen Kriterien hob selbst Vučić hervor, dass er mit Merkel über die Lage der Rechtsstaatlichkeit diskutiert habe. Vučić erwähnte, dass Serbien sich dessen bewusst sei, dass das Land noch viele Fortschritte in diesem Bereich zu absolvieren habe und sich auch dementsprechend bei der Durchführung der Verfassungsreform, Reform der Justiz und der Medien engagiere. Als weiteres Hindernis im Rahmen der europäischen Integration Serbiens sprach Vučić auch die „Lösung der Kosovofrage" und die Festigung des serbisch-kosovarischen Dialogs an. Der serbische Präsident hob – ähnlich wie Merkel – den Beitrag des Berlin-Prozesses im serbischen Integrationsprozess hervor.[89]

## VI. Forschungsergebnisse, Schlussbemerkungen und Ausblick

Im Folgenden sollen die Forschungsfragen schrittweise anhand der Analyse beantwortet und damit verbunden die Hypothesen der Arbeit überprüft werden. Zunächst stellt sich die Frage, welche Rolle Serbien in der ungarischen Außenpolitik spielt. Anhand der Analyse der ungarischen außenpolitischen Strategie aus dem Jahr 2011 und der ungarischen Ratspräsidentschaftsprogramme der V4 aus den Jahren

[88] Die Bundeskanzlerin (o.A.) (13.09.2021): Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem Staatspräsidenten Vučić anlässlich des Besuchs der Bundeskanzlerin in der Republik Serbien am 13. September 2021, abrufbar unter: https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-staatspraesidenten-aleksandar-vu%C4%8Di%C4%87-anlaesslich-des-besuchs-der-bundeskanzlerin-in-der-republik-serbien-am-13-september-2021-1959818 (Stand: 02.11.2021)

[89] Vgl. Die Bundeskanzlerin (o.A.) (13.09.2021)

2017/2018 sowie 2021/2022 kristallisierte sich heraus, dass der Westbalkan eine zentrale Rolle in der Außenpolitik Ungarns spielt. Ungarn gilt aktuell als einer der wichtigsten Befürworter der europäischen Integration der Region und dabei insbesondere Serbiens. Die Intensität der bilateralen Treffen zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten und dem serbischen Präsidenten ist auch ein Indikator für die Wichtigkeit Serbiens in der Politik der vierten Orbán-Regierung.

Die nächste Frage bezieht sich auf die Motive der vierten Orbán-Regierung bei ihrer Politik gegenüber Serbien. Anhand der Untersuchung des ungarischen außenpolitischen Strategiedokumentes lässt sich feststellen, dass Ungarn grundsätzlich drei Hauptmotive verfolgt, die auch die starke Unterstützung des serbischen EU-Beitritts erklären. Das sicherheitspolitische Motiv geht davon aus, dass die Stabilität Serbiens und der Region unentbehrlich für die Sicherheit Ungarns ist, insbesondere in Anbetracht der „illegalen Migration". Dementsprechend wäre der EU-Betritt Serbiens aus ungarischer Sicht wünschenswert. Das zweite Motiv bezieht sich auf den wirtschaftlichen Aspekt. Ungarn profitiert von der positiven bilateralen Handelsbilanz und von den Investitionen in Serbien. Das Land stellt damit einen wichtigen Markt für die ungarische Regierung dar. Dementsprechend wäre der EU-Beitritt Serbiens auch aus ökonomischer Hinsicht profitabel für Ungarn. Das dritte Motiv der Zusammenarbeit betrifft die in Serbien lebende ungarische Minderheit. Die Minderheitenpolitik ist ein integrales Element der Politik von Orbán, dementsprechend stellt der Schutz der ungarischen Minderheit in Serbien ein wichtiges ungarisches Interesse innerhalb der bilateralen freundschaftlichen Beziehungen dar.

Eine weitere Unterforschungsfrage beschäftigt sich mit der Rolle der *special relationship* in den ungarisch-serbischen Beziehungen. Die Analyse der bilateralen Treffen ergab, dass die persönlichen freundschaftlichen Beziehungen von Orbán und Vučić ein Kernelement der bilateralen Beziehungen darstellen. Die beiden Politiker bezeichnen sich selbst oft als „gute Freunde" und engste Verbündete. Ein weiterer Aspekt, der zum Ausbau der positiven bilateralen Beziehungen beitragen konnte, sind das ähnliche Amts- und Machtverständnis sowie ähnliche *leadership styles*.

Mit diesen Befunden kann die Hypothese bestätigt werden, dass die Region Westbalkan, insbesondere Serbien, eine Schlüsselrolle in der ungarischen Außenpolitik der vierten Orbán-Regierung spielt. Eine weitere Hypothese bezieht sich auf die Motive der ungarischen Regierung. Hierbei konnte die Hypothese teilweise belegt werden. Wichtige Motive der ungarischen Außenpolitik im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen und auf die Unterstützung der EU-Erweiterung Serbiens sind die für Ungarn profitable wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie der Schutz der in Serbien lebenden ungarischen Minderheit. Die Analyse der Forschungsergebnisse ergab jedoch, dass auch sicherheitspolitische

Aspekte die ungarische-serbischen Beziehungen, zum Beispiel im Hinblick auf eine gemeinsame Grenz- und Einwanderungspolitik, stark prägen.

Auch die letzte Hypothese, dass die engen bilateralen Beziehungen auf den guten persönlichen und freundschaftlichen Beziehungen von Orbán und Vučić und den ähnlichen politischen Ansichten basieren, konnte belegt werden. Im Falle eines Regierungswechsels könnte die *special relationship* zwischen Ungarn und Serbien gefährdet werden.

Die zweite Forschungsfrage richtet sich auf die Wirkung der ungarischen Außenpolitik auf die Innenpolitik und die Beitrittsperspektiven Serbiens sowie auf die von Ungarn verfolgte Strategie gegenüber Serbien.

In einem ersten Schritt wird die Unterforschungsfrage beantwortet, inwiefern Ungarn als ein negativer externer Akteur in Serbien agiert. Zur Beantwortung dieser Frage wurden die Sachverhalte der bilateralen Treffen zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten und dem serbischen Präsidenten analysiert. Diese Analyse ergab, dass wiederholt ähnliche Themen behandelt wurden. Bei den Treffen wurde ein besonderer Fokus auf die wirtschaftlichen Beziehungen und infrastrukturellen Projekte gelegt, insbesondere auf die Budapest-Belgrad-Bahnstrecke. Die Energieversorgung gehörte auch zu dominierenden Themen der Verhandlungen, wobei die strategische Ausrichtung der Gaspipelines eine besondere Rolle spielte. In den Beziehungen genießt auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit Priorität, vor allem grenzüberschreitende infrastrukturelle Projekte und die Eröffnung neuer Grenzübergänge. Im Hinblick auf den gemeinsamen Grenzübergang wurden sicherheitspolitische Aspekte, hauptsächlich bezüglich der „illegalen Migration“ behandelt. Ein weiterer wichtiger Sachverhalt der bilateralen Gespräche ist die Situation der ungarischen Minderheit in Serbien und der in Ungarn lebenden serbischen Bevölkerung. Die Coronavirus-Pandemie stellte global eine unerwartete Herausforderung dar. Die bilaterale Zusammenarbeit intensivierte sich während dieser Zeit und führte zum regen Austausch von *best practices* der Pandemiebekämpfung. Viele dieser Themen wurden in Verbindung mit dem EU-Beitritt Serbiens gesetzt und stellten eine Möglichkeit für Orbán dar, um für die europäische Integration Serbiens zu plädieren.

Wenn man die am häufigsten behandelten Themenbereiche während der bilateralen Treffen mit den Motiven der ungarischen Außenpolitik vergleicht, kann man feststellen, dass die Themen dieser bilateralen Treffen hauptsächlich mit den Motiven der ungarischen Außenpolitik übereinstimmen. Dementsprechend wurden insbesondere sicherheitspolitische, wirtschaftliche, minderheitenpolitische Themen und der EU-Beitritt Serbiens behandelt. In diesem Zusammenhang kann man feststellen, dass

der ungarische Ministerpräsident vorwiegend seine eigene nationale politische Agenda verfolgt, wie man es aus den Strategiedokumenten entnehmen kann.

Im Hinblick auf die politischen Kopenhagener Kriterien kann man feststellen, dass diese Themen – mit Ausnahme des Schutzes der Minderheiten – im öffentlichen Teil dieser Verhandlungen nicht angesprochen wurden. Im Hinblick auf die Minderheitenpolitik muss betont werden, dass die Minderheitenrechte nicht als normatives Ziel bzw. zu erfüllendes Kriterium behandelt wurden. Nur die Lage der Minderheit beider Länder wurde thematisiert, insbesondere die Rechte der ungarischen Minderheit in der Vojvodina. Auch Huszka weist darauf hin, dass Ungarn grundsätzlich gegen die für die Westbalkanstaaten erhöhten Konditionalitäten im Bereich Justiz und Grundrechte plädiert. Darunter sind die Rechte der Minderheiten die einzige Ausnahme.[90]

Im Hinblick auf die politischen Kopenhagener Kriterien kann man feststellen, dass Ungarn selbst Probleme bei der Erfüllung dieser Kriterien aufweist. Im Hinblick auf die Qualität der Demokratie kann man feststellen, dass Orbán Ungarn von einem „freien" Staat und von einer konsolidierten Demokratie in einen „teilweise" freien Staat und ein „Übergangs- oder hybrides Regime" umwandelte.[91] Im Bereich der Wahrung der Stabilität der demokratischen Institutionen sorgte der Umbau des ungarischen Verfassungsgerichts für Aufsehen, da die Kompetenzen des Gerichts eingeschränkt und der Prozess der Richterwahl politisch beeinflusst wurde. In Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit kann man beobachten, dass Orbán ein alternatives Verständnis vom Prinzip der Rechtsstaatlichkeit hat.[92] Anhand des Berichts der EK über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn aus dem Jahr 2020 kann man feststellen, dass das Land in allen vier Rechtsstaatlichkeitsbereichen schwerwiegende Defizite aufweist.[93] Im Hinblick auf die Menschenrechte soll das Verabschieden des „Anti-Pädophilie-Gesetzes" im Juni 2021 erwähnt werden, welches die Rechte der Angehörigen der LGBTIQ+ Gemeinschaft massiv einschränkt.[94] Der Schutz der Minderheitenrechte ist eine Ausnahme bei den politischen Kopenhagener Kriterien, da sich Ungarn wegen der in den Nachbarstaaten lebenden ungarischen Minderheit aktiv für die Rechte dieser Gemeinschaft einsetzt.

---

[90] Vgl. Huszka (2017), S. 595.
[91] Vgl. Freedom House (2021a); Freedom House (2021b)
[92] Vgl. Giovanni di Lorenzo (25.11.2020)
[93] Europäische Kommission (2020): Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020. Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn, SWD(2020). Brüssel, 30.09.2020, abrufbar unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020SC0316&from=EN (Stand: 05.11.2021)
[94] Walker, Shaun (21.07.2021): Hungary's Viktor Orbán will hold referendum on anti-LGBT law, abrufbar unter: https://www.theguardian.com/world/2021/jul/21/hungarys-viktor-orban-will-hold-referendum-on-anti-lbgt-law (Stand: 05.11.2021)

In Bezug auf die Unterstützung des EU-Beitritts der Westbalkanstaaten, insbesondere Serbiens kann man feststellen, dass Ungarn einer der größten Befürworter der europäischen Integration dieser Staaten ist. Das Thema wurde auch während der bilateralen Treffen zwischen Orbán und Vučić häufig thematisiert. Jedoch kann man festhalten, dass Ungarn oft ein unkritischer und bedingungsloser Befürworter der europäischen Integration Serbien ist.[95] Nach der Analyse der Treffen lässt sich beobachten, dass Orbán oft falsche und irreführende Aussagen hinsichtlich des serbischen EU-Beitritts trifft. Der ungarische Ministerpräsident betonte die Wichtigkeit Serbiens als „Schlüsselstaat" auf dem Westbalkan, da es nach seiner Ansicht einen Dominoeffekt in der Region gebe. Andere Westbalkanländer könnten der EU erst beitreten, nachdem Serbien die Vorreiterrolle übernommen habe – diese Aussage könnte sowohl für Serbien als auch für andere Länder der Region eine falsche Orientierung im Erweiterungsprozess signalisieren. Orbán forderte auf einem der Treffen die Eröffnung von sechs Verhandlungskapiteln mit Serbien, bei denen das Land schon längst für die Eröffnung bereit sei. Dies war erneut eine falsche Aussage, die die Glaubwürdigkeit der EU untergraben kann. Der ungarische Ministerpräsident erwähnte während der bilateralen Treffen häufig, dass Serbien „seit Jahren" bereit für den EU-Betritt sei und dementsprechend unmittelbar in die EU aufgenommen werden sollte. In Bezug darauf betonte die scheidende Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die ungarische Vision der Zukunft der EU sich signifikant von der der anderen Mitgliedstaaten unterscheide.[96] Ungarn plädiert für die Weiterführung der Erweiterung, ohne dabei Rücksicht auf die Erfüllung der (politischen Kopenhagener) Kriterien und Konditionalitäten zu nehmen.

Anhand der bisherigen Forschungsergebnisse stellt sich die Frage, ob Ungarn als ein negativer externer Akteur in Serbien agiert. Die Rolle eines negativen Akteurs wird wie folgt definiert: *ein Akteur, der die Erfüllungschancen der politischen Kopenhagener Kriterien und damit verbunden die Chancen des Ziellandes auf den künftigen EU-Beitritt schwächt*. Die Analyse zeigt deutlich, dass Ungarn dieser Definition entspricht. Wenn man den Inhalt der bilateralen Treffen untersucht, fällt auf, dass hauptsächlich Themen dominieren, die im Einklang mit der ungarischen außenpolitischen Agenda stehen. Diese können sich durchaus mit den Kopenhagener Kriterien überschneiden, so ist beispielsweise die wirtschaftliche Kapazität Serbiens ein wichtiger Faktor zum Beitritt in die EU, jedoch sollten bilaterale Treffen unter anderem doch dazu dienen, an den Schwächen des jeweiligen Beitrittskandidaten zu arbeiten – insbesondere, wenn sich Ungarn als Anwalt Serbiens auf EU-Ebene präsentiert. Die politischen Kopenhagener Kriterien, bei deren Erfüllung Serbien nur begrenzte

[95] Vgl. Huszka (2017), S. 594.
[96] Vgl. Čačić (09.09.2021)

Fortschritte erzielte, waren keine Gesprächsgegenstände zwischen dem „Anwalt" und seinem „Klienten". Wenn aber Serbien die politischen Kopenhagener Kriterien nicht erfüllen kann, wird das Land der EU nicht beitreten können – die bilateralen Treffen erwecken aber den Eindruck, dass die politischen Kriterien eine Verhandlungssache wären. Das einzige Thema, das in den bilateralen Beziehungen in Bezug auf die politischen Konditionalitäten häufig Erwähnung fand, ist der Schutz der Minderheiten. Dieses Element ist in der Tat ein integraler Bestandteil der politischen Kopenhagener Kriterien, jedoch wird auch hier der Eindruck erweckt, dass die Zusammenarbeit in diesem Bereich Erfolge erbringt, die hauptsächlich nur der ungarischen Minderheit dient. Die ungarische Regierung verhält sich im Themenkomplex der politischen Kopenhagener Kriterien bedeckt, da das Land selbst Defizite, insbesondere im Bereich der Rechtsstaatlichkeit aufweist.

Über die aus ungarischer Sicht einseitig geführten bilateralen Gespräche hinaus kann man beobachten, dass in Bezug auf den serbischen EU-Betritt häufig fragwürdige und teilweise falsche Aussagen getroffen wurden. Diese könnten auf der einen Seite Serbien falsche Hoffnungen geben, auf der anderen Seite erscheint der Eindruck, dass die Erweiterungsregeln flexibel seien, insbesondere hinsichtlich der Erfüllung der politischen Kopenhagener Kriterien.

Resümierend kann man feststellen, dass die Rolle Ungarns im serbischen Beitrittsprozess zur EU eher als *eigennütziger Stratege* gekennzeichnet werden kann. Der Einfluss, den Ungarn auf den Beitrittsprozess Serbiens ausübt, rückt den tatsächlichen Beitritt Serbiens in die EU weiter in die Ferne – trotz der selbsternannten Rolle Ungarns als Anwalt Serbiens. Ungarn agiert in den bilateralen Beziehungen anhand der bilateralen Treffen zwischen Orbán und Vučić nicht als ein *ehrlicher Makler*, sondern als ein negativer externer Akteur und schwächt dadurch den Druck zur Erfüllung der politischen Kopenhagener Kriterien und damit verbunden die Chancen Serbiens auf den künftigen EU-Beitritt. Es mag zwar freundschaftlich wirken, dass beide Länder sich gegenseitig Solidarität aussprechen, doch Solidarität ist kein Kriterium für den Beitritt in die EU.

Die zweite Unterforschungsfrage beschäftigt sich mit der von Ungarn verfolgten Strategie gegenüber Serbien im Hinblick auf die Stabilität. Die Intensität der bilateralen Treffen und die persönlichen, freundschaftlichen Beziehungen zwischen Orbán und Vučić sowie das geteilte Amts- und Machtverständnis könnten ein Indikator dafür sein, dass die Aufrechterhaltung der Macht von Vučić und der Serbischen Fortschrittspartei (SNS) im Interesse von Orbán sei. Diese *special relationship* basiert auf der Zusammenarbeit der zwei *starken Männer* und könnte im Fall eines Regierungswechsels auf einer der beiden Seiten auseinanderfallen. Auf dem bilateralen Treffen im April 2019 behauptete Orbán, dass es zwei Arten von Staaten gebe, diejenigen, die sich auch ohne politische Stabilität

weiterentwickeln können und diejenigen, die für die Weiterentwicklung politische Stabilität benötigen. Damit sagt Orban aus, dass der Schlüssel für die erfolgreiche Zukunft beider Länder in der Aufrechterhaltung der aktuellen politischen Regime verankert sei. Diese Aussage gibt Einblick in die größere Strategie der Politik der geleiteten Stabilität Orbáns in Serbien.

Die zur zweiten Forschungsfrage formulierten Hypothesen wurden insgesamt bestätigt, da Ungarn durch seine Politik, sein Verhalten, seine Motive und die bilateralen Treffen als ein negativer externer Akteur klassifiziert werden kann. Dies lässt darauf schließen, dass durch den Einfluss Orbáns der serbische EU-Beitritt in die Ferne rücken wird. Orbán versteckt seine Agenda hinter der Rolle eines Befürworters des serbischen EU-Beitrittes. Weiterhin zeigen die Forschungsergebnisse, dass Orbán bei seiner Politik gegenüber Serbien die Strategie der geleiteten Stabilität verfolgt.

Die dritte und letzte Forschungsfrage bezieht sich auf die möglichen künftigen Auswirkungen der ungarischen Politik auf die europäische Integration Serbiens. Anhand der bisherigen Forschungsergebnisse kann man feststellen, dass die bilateralen Beziehungen für Ungarn höchst profitabel sind. Das Land kann eigene politische Interessen und dadurch seinen Einfluss in Serbien ausüben. Weiterhin kann Ungarn durch seine Befürworterrolle sein Image innerhalb der EU verbessern.[97] Ein weiterer Aspekt ist, dass mit der Integration Serbiens und anderer Westbalkanstaaten Ungarn „treue Freunde“ innerhalb der EU gewinnen könnte. Diese Aspekte zeugen davon, dass Ungarn auch in der Zukunft seine Rolle als Anwalt ausüben wird, insbesondere im Hinblick auf die ungarisch-serbischen bilateralen Beziehungen. Aus serbischer Sicht lässt sich die Frage stellen, inwiefern die starke Beziehung zu Ungarn von Vorteil ist. Serbien hat mit Ungarn einen starken Anwalt auf europäischer Ebene und dadurch wird die EU-Erweiterung hoch auf der politischen Agenda stehen. Jedoch soll man erwähnen, dass Ungarn auf europäischer Ebene eine beschädigte Reputation entwickelte und oft als „Problemkind“ angesehen wird. Dementsprechend könnte das ungarische Engagement die serbische EU-Beitrittsperspektive sogar langfristig schwächen. Vučić sollte insbesondere im Hinblick auf die Erfüllung der politischen Kopenhagener Kriterien das ungarische Modell nicht übernehmen und das „System Orbán“ nicht als Vorbild betrachten. Die Übernahme der Regierungspraktiken der ungarischen Regierung seitens des serbischen Präsidenten könnte zwar zur weiteren Konsolidierung seiner Macht und weiteren Wiederwahlen führen, jedoch rückt er sein Land damit weiter von einem EU-Beitritt weg. Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien ist keine Verhandlungssache und kann selbst nicht mit Hilfe Ungarns umgangen werden. Serbien tappt in einer Denkfalle, in dem Vučić davon ausgeht, dass Serbien in der Zukunft einen EU-Beitritt erlangen wird,

[97] Vgl. Čačić (09.09.2021)

indem das Land dem Beispiel eines bereits zur EU gehörenden Landes folgt. Stattdessen sollte Serbien seine Beziehungen zu solchen EU-Staaten ausbauen und vertiefen, die selbst die demokratischen Standards der EU erfüllen und damit Serbien bei der Erfüllung der politischen Kopenhagener Kriterien helfen und den Beitrittsprozess in Schwung bringen könnten.

Anhand der oben thematisierten Forschungsergebnisse kann die dritte und letzte Hypothese belegt werden. Ungarn gilt zurzeit als einer der wichtigsten Befürworter der europäischen Integration Serbiens. Jedoch könnte das ungarische Engagement langfristig die Chancen Serbiens auf einen erfolgreichen EU-Beitritt eher schwächen. Dementsprechend sollte der serbische Präsident in der Zukunft die *special relationship* nicht überschätzen und sich andere Verbündete auf europäischer Ebene suchen. Wie die Analyse des bilateralen Treffens zwischen Merkel und Vučić im September 2021 verdeutlichte, können - im Vergleich zu Ungarn – andere europäische Partnerländer zwar den Erweiterungsprozess befürworten und unterstützen, aber auch auf die Defizite in der Erfüllung der politischen Kopenhagener Kriterien hinweisen.

## Literaturverzeichnis

Ambrosio, Thomas (2009): Authoritarian Backlash: Russian Resistance to Democratization in the Former Soviet Union. Surrey, Ashgate.

Bader, Julia et al. (2010): Would autocracies promote autocracy? A political economy perspective on regime-type export in regional neighbourhoods, in: Contemporary Politics, Vol. 16, Nr. 1/2010. S. 81-100.

Bátorfy, Attila / Galambosi, Eszter / Mikola, Bence (o.J.): A miniszterelnök találkozói, abrufbar unter: https://atlo.team/a-miniszterelnok-talalkozasai/ (Stand: 09.10.2021)

Bertelsmann Stiftung (2012): Bertelsmann Transformation Index 2012 – Serbia Country Report , abrufbar unter: https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country_report_2012_SRB.pdf (Stand: 05.10.2021)

Bertelsmann Stiftung (2014): Bertelsmann Transformation Index 2014 – Serbia Country Report, abrufbar unter: https://bti-project.org/fileadmin/api/content/en/downloads/reports/country_report_2014_SRB.pdf (Stand: 03.10.2021)

Bertelsmann Stiftung (2020a): Bertelsmann Transformation Index 2020 – Hungary Country Report, abrufbar unter: https://bti-project.org/content/en/downloads/reports/country_report_2020_HUN.pdf (Stand: 05.10.2021)

Bertelsmann Stiftung (2020b): Bertelsmann Transformation Index 2020 – Russia Country Report, abrufbar unter: https://bti-project.org/content/en/downloads/reports/country_report_2020_RUS.pdf (Stand: 03.10.2021)

Bertelsmann Stiftung (2020c): Bertelsmann Transformation Index 2020 – Serbia Country Report, abrufbar unter: https://bti-project.org/content/en/downloads/reports/country_report_2020_SRB.pdf (Stand: 05.10.2021)

Bíró-Nagy, András / Hare, James (2020): Understanding the Orbán-Vučić Relationship, abrufbar unter: https://www.policysolutions.hu/en/news/511/understanding_the_orban-vucic_relationship (Stand: 09.10.2021)

Bos, Ellen / Kurze, Kristina (2021): Zur Einführung einer Rechtsstaatskonditionalität in der Europäischen Union: die Corona-Krise als „Window of Opportunity“, in: Integration, Vol. 44, Nr. 1/2021. S. 23-39.

Burnell, Peter (2006): Promoting democracy backwards, in: FRIDE Working Papers, Nr. 28. S. 1-14.

Burnell, Peter (2010): Promoting democracy and promoting autocracy: towards a comparative evaluation, in: Journal of Politics and Law, Vol. 3, Nr. 2/2010. S. 3-14.

Cabada, Ladislav / Waisová, Šárka (2018): The Visegrad Group as an Ambitious Actor of (Central-) European Foreign and Security Policy, in: Cabada, Ladislav / Waisová, Šárka (Hrsg.) (2018): Security, Foreign and European Policy of the Visegrad Group. Prague, Metropolitan University Prague Press. S. 9-30.

Čačić, Darko (09.09.2021): Vucic and Orban formalise their ‘special relationship’, abrufbar unter: https://www.euractiv.com/section/enlargement/news/vucic-and-orban-formalise-their-special-relationship/ (Stand: 02.11.2021)

Council of the European Union (2014): First Accession Conference with Serbia, 5486/14. Brussels, 21 January 2014, abrufbar unter:

https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/140676.pdf (Stand: 07.10.2021)

Curic, Ana / Zöldi Blanka (26.09.2019): Illumination of Serbia, Hungarian Style, abrufbar unter: https://balkaninsight.com/2019/06/26/illumination-of-serbia-hungarian-style/ (Stand: 02.11.2021)

Die Bundeskanzlerin (o.A.) (13.09.2021): Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem Staatspräsidenten Vučić anlässlich des Besuchs der Bundeskanzlerin in der Republik Serbien am 13. September 2021, abrufbar unter: https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-staatspraesidenten-aleksandar-vu%C4%8Di%C4%87-anlaesslich-des-besuchs-der-bundeskanzlerin-in-der-republik-serbien-am-13-september-2021-1959818 (Stand: 02.11.2021)

Europäische Kommission (o.J.): Politikfelder / Justiz und Grundrechte / Wahrung der Rechtsstaatlichkeit / Rule of law / Mechanismus zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit / Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/upholding-rule-law/rule-law/rule-law-mechanism/2020-rule-law-report_de (Stand: 02.11.2021)

Europäische Kommission (2020): Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2020. Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn, SWD(2020). Brüssel, 30.09.2020, abrufbar unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020SC0316&from=EN (Stand: 05.11.2021)

Europäisches Parlament / Rat der Europäischen Union (2020): Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union, abrufbar unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32020R2092&from=DE (Stand: 02.11.2021)

European Commission (o.J.a): Enlargement / Negotiation Status / Serbia, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/enlargement-policy/negotiations-status/serbia_en (Stand: 05.10.2021)

European Commission (o.J.b): Enlargement / Glossary / Accession criteria, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/enlargement-policy/glossary/accession-criteria_en (Stand: 06.10.2021)

European Commission (2021): Serbia 2021 Report, SWD(2021) 288. Strasbourg, 19. October, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/serbia-report-2021_en (Stand: 06.10.2021)

European Council (1997): Presidency Conclusions of the European Council Meeting, Luxemburg, 12-13 December, abrufbar unter: https://www.europarl.europa.eu/summits/lux1_en.htm (Stand: 06.10.2021)

Freedom House (2014a): Freedom in the World 2014. The Democratic Leadership Gap, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/FIW2014%20Booklet.pdf (Stand: 07.10.2021)

Freedom House (2014b): Nations in Transit 2014. Eurasia's Rupture with Democracy, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-02/NIT2014%20booklet_WEBSITE.pdf (Stand: 07.10.2021)

Freedom House (2018): Nations in Transit – Serbia, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/country/serbia/nations-transit/2018 (Stand: 05.10.2021)

Freedom House (2021a): Freedom in the World – Hungary, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/country/hungary/freedom-world/2021 (Stand: 05.10.2021);

Freedom House (2021b): Nations in Transit – Hungary, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/country/hungary/nations-transit/2021 (Stand: 05.10.2021)

Freedom House (2021c): Freedom in the World – Serbia, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/country/serbia/freedom-world/2021 (Stand: 05.10.2021)

Freedom House (2021d): Nations in Transit – Serbia, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/country/serbia/nations-transit/2021 (Stand: 05.10.2021)

Freedom House (2021e): Freedom in the World – Russia, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/country/russia/freedom-world/2021 (Stand: 03.10.2021)

Freedom House (2021f): Nations in Transit – Russia, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/country/russia/nations-transit/2021 (Stand: 03.10.2021)

Freedom House (2021g): Freedom in the World 2021. Democracy under Siege, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/2021-02/FIW2021_World_02252021_FINAL-web-upload.pdf (Stand: 04.10.2021)

Freedom House (2021h): Nation in Transit 2021. The Antidemocratic Turn, abrufbar unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/2021-04/NIT_2021_final_042321.pdf (Stand: 04.10.2021)

Giovanni di Lorenzo (25.11.2020): „Meine kleine Handgranate reicht dafür nicht" – Interview mit Viktor Orbán, abrufbar unter: https://www.zeit.de/2020/49/viktor-orban-ungarn-europa-corona-hilfe-angela-merkel-menschenrechte/komplettansicht (Stand: 02.11.2021)

Híradó (o.A.) (15.04.2019): Orbán: Szerbia mielőbbi uniós tagsága minden EU-tagország érdeke, abrufbar unter: https://hirado.hu/kulfold/kulpolitika/cikk/2019/04/15/orban-szerbia-mielobbi-unios-tagsaga-minden-eu-tagorszag-erdeke (Stand: 11.20.2021)

Huszka, Beáta (2017): Eurosceptic yet pro-enlargement: the paradoxes of Hungary's EU policy, in: Southeast European and Black Sea Studies. Vol 17, Nr. 4. S. 591-609.

Kovács, Kriszta / Scheppele, Kim Lane (2021): Rechtsstaat unter Druck. Ungarn, Polen und die Rolle der EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Vol. 68, Nr. 37. S. 32-39.

Külügyminisztérium (2011): Magyar külpolitika az uniós elnökség után. abrufbar unter: http://eu.kormany.hu/download/4/c6/20000/kulpolitikai_strategia_20111219.pdf (Stand: 28.09.2021)

Magyarország Kormánya (o.A.) (23.09.2021): Orbán Viktor a Demográfiai Csúcs előadóival tárgyal, abrufbar unter: https://kormany.hu/hirek/orban-viktor-a-demografiai-csucs-eloadoival-targyal (20.10.2021)

Ministry of Foreign Affairs and Trade of Hungary (2017): Programme of the Hungarian Presidency of the Visegrad Group 2017/2018, abrufbar unter: https://www.visegradgroup.eu/download.php?docID=313 (Stand: 30.09.2021)

Ministry of Foreign Affairs and Trade of Hungary (2021): Programme of the Hungarian Presidency of the Visegrad Group 2021/2022, abrufbar unter: https://v4.mfa.gov.hu/asset/view/139043/Programme_of_the_HU_V4_Presidency_2021-22.pdf (Stand: 30.09.2021)

Miniszterelnök (o.A.) (14.04.2019): Orbán Viktor Szerbiába utazott, abrufbar unter: https://www.miniszterelnok.hu/orban-viktor-szerbiaba-utazott/ (Stand: 11.10.2021)

Miniszterelnök (o.A.) (22.03.2020): Orbán Viktor Szerbia elnökével egyeztetett Budapesten, abrufbar unter: https://www.miniszterelnok.hu/orban-viktor-szerbia-elnokevel-egyeztetett-budapesten/ (Stand: 14.10.2021)

Miniszterelnök (o.A.) (15.05.2020): Orbán Viktor sajtónyilatkozata Szerbia elnökével folytatott tárgyalását követően, abrufbar unter: https://www.miniszterelnok.hu/orban-viktor-sajtonyilatkozata-szerbia-elnokevel-folytatott-targyalasat-kovetoen/ (Stand: 15.10.2021)

Miniszterelnök (o.A.) (08.09.2021): Magyarország és Szerbia megvédi Európát és Németországot, abrufbar unter: https://www.miniszterelnok.hu/magyarorszag-es-szerbia-megvedi-europat-es-nemetorszagot/ (Stand: 17.10.2021)

Origo (o.A.) (15.05.2020): A szerb elnök hálás Orbán Viktornak, abrufbar unter: https://www.origo.hu/nagyvilag/20200515-magyarorszag-es-szerbia-kapcsolataban-sok-jovobeli-lehetoseg-es-rejlik-meg.html (16.10.2021)

Prime Minister (o.A.) (15.04.2019): Statement by Orbán Viktor at a press conference following the Serbian-Hungarian intergovernmental summit, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/statement-viktor-orban-press-conference-following-serbian-hungarian-intergovernmental-summit (Stand: 12.10.2021)

Prime Minister (o.A.) (05.09.2019): Prime Minister Orbán Viktor's speech at the 3rd Budapest Demographic Summit, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/prime-minister-orban-viktors-speech-3rd-budapest-demographic-summit (Stand: 13.10.2021)

Prime Minister (o.A.) (15.03.2020): Prime Minister Viktor Orbán travelled to Belgrade, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/prime-minister-viktor-orban-travelled-belgrade (Stand: 14.10.2021)

Prime Minister (o.A.) (19.06.2021): Viktor Orbán's address at the conference entitled "Free for Thirty Years, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/viktor-orbans-address-conference-entitled-free-thirty-years (Stand: 01.10.2021)

Prime Minister (o.A.) (08.07.2021): Press statement by Prime Minister Viktor Orbán after his talks with President of Serbia Aleksandar Vučić, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/press-statement-prime-minister-viktor-orban-after-his-talks-president-serbia-aleksandar-vucic/ (Stand: 16.10.2021)

Prime Minister (o.A.) (08.09.2021): Prime Minister Viktor Orbán's press statement after the Hungarian-Serbian government summit, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/prime-minister-viktor-orbans-press-statement-after-hungarian-serbian-government-summit/ (Stand: 17.10.2021)

Prime Minister (o.A.) (23.09.2021): Prime Minister Viktor Orbán's address at the 4th Budapest Demographic Summit, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/prime-minister-viktor-orbans-address-4th-budapest-demographic-summit/ (Stand: 20.10.2021)

Prime Minister (o.A.) (18.10.2021): Hungarians and Serbs have begun to build a new future, abrufbar unter: https://primeminister.hu/vikstories/hungarians-and-serbs-have-begun-build-new-future (Stand: 21.10.2021)

Szerbia Köztársaság Nagykövetsége (o.A.) (o.J.a): Aleksandar Vučić, Szerbia Köztársaság elnöke Budapesten 2019. szeptember 4-én és 5-én, abrufbar unter: http://www.budapest.mfa.gov.rs/hun/newstext.php?subaction=showfull&id=1569327290&ucat=106&template=HeadlinesCir& (Stand: 13.10.2021)

Szerbia Köztársaság Nagykövetsége (o.A.) (o.J.b), abrufbar unter: http://www.budapest.mfa.gov.rs/hun/newstext.php?subaction=showfull&id=1626178202&ucat=106&template=HeadlinesCir& (Stand: 17.10.2021)

Tájékoztató oldal a koronavírusról (o.A.) (05.03.2020): Orbán Viktor: Magyarország továbbra sem engedi be az Olaszországból érkező szerbeket, abrufbar unter: https://koronavirus.gov.hu/cikkek/orban-viktor-magyarorszag-tovabbra-sem-engedi-be-az-olaszorszagbol-erkezo-szerbeket (Stand: 14.10.2021)

The President of the Republic of Serbia (o.A.) (04.09.2019): President Vučić in the visit to Budapest, abrufbar unter: https://www.predsednik.rs/en/press-center/news/president-vucic-in-the-visit-to-budapest (Stand: 13.10.2021)

The World Factbook (o.J.): People and Society of Serbia, abrufbar unter: https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/serbia/#people-and-society (Stand: 29.09.2021)

Tolstrup, Jakob (2009): Studying a negative external actor: Russia's management of stability and instability in the 'Near Abroad', in: Democratization, Vol. 16, Nr. 5. S. 922-944.

Walker, Shaun (21.07.2021): Hungary's Viktor Orbán will hold referendum on anti-LGBT law, abrufbar unter: https://www.theguardian.com/world/2021/jul/21/hungarys-viktor-orban-will-hold-referendum-on-anti-lbgt-law (Stand: 05.11.2021)